

83	Zsq 1236, Jg.1.1934/35, Nr.
38	
D.W.	

des Reichskolonialbundes

n

nicht am Standort

hek Frankfurt am Main

Fz 1. 1934/35

SCHULUNGSBRIEFE

des Reichskolonialbundes

herausgegeben von der Deutschen Kolonialgesellschaft

als Manuskript vorvielfältigt.- Abdruck nicht gestattet.- Preis 30 Pfg.

Berlin W 35, Am Karlsbad 10
den 15. Oktober 1934

An

die Propaganda- und Schulungsämter der
Deutschen Kolonialgesellschaft und die
Redner des NS-Vortragsdienstes
des Reichskolonialbundes

In zwangloser Folge geben wir ab Oktober d.J. in Abständen von etwa 4 Wochen Schulungsbriefe des Reichskolonialbundes heraus, Aufgabe dieser Schulungsbriefe ist, die Propaganda- und Schulungsämter der Deutschen Kolonialgesellschaft und die Redner des NS-Vortragsdienstes des Reichskolonialbundes mit Material über grundsätzliche Fragen der kolonialen Propaganda und Schulung, sowie über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage der unter Mandat stehenden deutschen Kolonien zu versehen.

Zweck dieser Schulungsbriefe ist, die Einheitlichkeit in Richtung und Methoden der kolonialen Propaganda und Schulung zu sichern und das Tatsachenmaterial zu ergänzen, das den Propaganda- und Schulungsämtern sowie den Rednern aus den Zeitschriften der Deutschen Kolonialgesellschaft (Deutsche Kolonial-Zeitung, Kolonialer Kampf) und gelegentlichen Veröffentlichungen (Flugschriften, Flugblätter) bereits zur Verfügung steht. Hiermit wird gleichzei-

~~Deutsche Kolonial-Bibliothek~~

Stadt- u. Univ.-Bibl.
Frankfurt/Main

Bz 173

tig eine vorbereitende Sammlung für ein künftig herauszugebendes koloniales A B C für Propaganda und Schulung geschaffen.

Die Schulungsbriefe des Reichskolonialbundes werden den Propaganda- und Schulungsämtern sowie den Rednern des NS-Vortragsdienstes des Reichskolonialbundes in je einem Stück kostenlos zugestellt. Weitere Stücke können zum Preise von 30 Pfg. einschl. Porto bezogen werden.

Wir eröffnen die Reihe der Schulungsbriefe mit einer Darlegung der "Grundsätze deutscher Kolonialpolitik im Dritten Reich".

In Vorbereitung sind Schulungsbriefe folgenden Inhalts:

Die deutschen Kolonien in Zahlen
Das koloniale Programm des Führers
Die Praxis des kolonialen Redners
Kolonie und Rasse

Anregungen und Beiträge zu den Schulungsbriefen sind uns jederzeit willkommen.

Mit kolonialem Gruss
Heil Hitler!

Quem
Generalsekretär.

SCHULUNGSBRIEFE

des Reichskolonialbundes

herausgegeben von der Deutschen Kolonialgesellschaft

Manuskript vervielfältigt! - Abdruck nicht gestattet. - Preis 30 Pfg.

Nr. 1

Berlin W 35, Am Karlsbad 10
den 15. Oktober 1934

Die nachfolgende Darlegung über die Grundsätze deutscher Kolonialpolitik im Dritten Reich hat die Zustimmung des Kolonialpolitischen Amtes gefunden und ist von ihm als hervorragend geeignet für die koloniale Propaganda und Schulung bezeichnet worden.

Grundsätze deutscher Kolonialpolitik im Dritten Reich von Erich Duems

Generalsekretär der Deutschen Kolonialgesellschaft

Reichskanzler Fürst Bismarck hat zu Beginn der von ihm vor 50 Jahren eingeleiteten deutschen Kolonialpolitik den Satz geprägt: "Kolonialpolitik ist nur möglich, wenn sie von einer Mehrheit des nationalen Willens mit Entschiedenheit und Ueberzeugung getragen wird". Man kann diesen Satz dahin ergänzen und erweitern, dass nicht nur die Voraussetzung, sondern auch das Ziel jeder deutschen Kolonialpolitik die Einheit und Geschlossenheit und damit die Stärke der Nation sein muss. Weil jene Voraussetzung Bismarcks nicht in vollem Umfange gegeben war und das eigentliche Ziel nicht erkannt wurde, konnte die deutsche Kolonialpolitik und Koloniarbeit der Vorkriegszeit zunächst nur langsame Fortschritte machen und nur einen Teil der Früchte ernten, die sich in so reichem Masse darboten. Diese Feststellung bedeutet keine Schmälerung der grossen und bewunderungswürdigen Leistungen der wenigen Kolonialpioniere draussen in den Kolonien noch der Absichten jener Männer, die dem deutschen Volke seine koloniale Aufgabe vor Augen führten und ihm den Weg zu ihr eröffneten, sondern eine Kritik jener herrschenden liberalen Tendenzen der Zeit, die sich dem Verständnis für die wahren Aufgaben neuer deutscher Kolonisation entgegenstellten, sie hemmten oder sogar durchkreuzten.

Der Erwerb kolonialen Neulandes jenseits der Meere von der vielfachen Grösse des Mutterlandes stellte das deutsche Volk nicht nur vor eine der grössten Aufgaben seiner Geschichte, die nur durch den Einsatz der gesamten Nation gelöst werden konnte; der riesenhafte Landzuwachs bedingte auch eine völlige Umstellung der bisherigen Wirtschaft, wenn er seinen Zweck erfüllen sollte. Das liberalistische System der Sicherung des nationalen Wohlstandes durch eine immer stärker ausgebaute Exportpolitik konnte und sollte nun einer nationalen Grossraumwirtschaft Platz machen, in der die für die Lebenshaltung und die industrielle Verarbeitung notwendigen pflanzlichen und mineralischen Rohstoffe der tropischen und subtropischen Gebiete in Zukunft nicht mehr aus den Rohstoffgebieten des Auslandes, sondern von eigenen Aussenwerken deutscher Wirtschaft bezogen wurden. Der unaufhörlichen Spaltung und Schwächung der deutschen Volksgemeinschaft durch den Abfluss der besten Kräfte in fremde Einwanderungsländer sollte und konnte nun endlich durch die Erschliessung eigener Siedlungsgebiete und überseeischer Arbeitsstätten ein Ende gemacht werden. Der neue koloniale Raum eröffnete den Weg zur völligen Einheit und wirtschaftlichen Unabhängigkeit des deutschen Volkes.

Das Programm deutscher Kolonisation vor 50 Jahren

Es waren nur wenige deutsche Männer, die dieses eigentliche Ziel deutscher Kolonisation erkannten und zugleich die Tatkraft besaßen, den Weg zu ihm zu beschreiten. Zu ihnen gehörte Dr. Carl Peters, den seine Zeit nicht verstand und den sie verlästerte, weil sein Wille und Werk nicht nur den Gesichtskreis der Stammtische und grünen Tische, sondern den Geist seiner ganzen Zeit überragte. Mit der Mahnung: "Es gilt, ein Versäumnis von Jahrhunderten wieder gutzumachen", richtete er im Jahre 1884 einen Aufruf an das deutsche Volk, der in gewissem Sinne an die vergessene koloniale Tradition des deutschen Volkes wiederanknüpfte und ein Programm deutscher Kolonisation umriss, das uns bei einer Betrachtung der Grundsätze deutscher Kolonialpolitik im Dritten Reich überraschend gegenwartsnahe und zukunftsweisend erscheint.

Gegenüber dem Materialismus seiner Zeit proklamierte Dr. Carl Peters die Einheit und Stärke des deutschen Volkstums als die Grundforderung deutscher Kolonisation. Während alle übrigen Kulturvölker Europas ausserhalb unseres Erdteils Stätten besaßen, wo ihre Sprache und Art feste Wurzel fassen und sich entfalten könne, sei der deutsche Auswanderer ein Fremdling auf ausländischem Grund und Boden. Die deutschen Menschen müssten sich in der Fremde überall Nationen einfügen, die der unsrigen feindselig oder zumindest gleichgültig gegenüberstünden. Seit Jahrhunderten tauche der grosse Strom deutscher Auswanderer in fremde Rassen ein, um in ihnen zu verschwinden. So verfallende das Deutschtum ausserhalb Europas fortdauernd nationalem Untergang. In dieser so schmerzlichen Tatsache erblickte Pe-

ters einen ungeheuren wirtschaftlichen Nachteil für unser Volk. Alljährlich gehe die Kraft von etwa 200 000 Deutschen dem Vaterlande verloren, und diese Kraftmasse ströme meistens unmittelbar in das Lager unserer wirtschaftlichen Konkurrenten ab und vermehre die Stärke unserer Gegner. Durch die Einfuhr von Produkten tropischer Zonen von ausländischen Niederlassungen gingen alljährlich viele Millionen deutschen Kapitals an fremde Nationen verloren. So werde der deutsche Export abhängig von der Willkür fremdländischer Zollpolitik. Ein unter allen Umständen sicherer Absatzmarkt fehle unserer Industrie, weil eigene Kolonien unserem Volke fehlten.

Die internationale händlerische Lösung

Für diesen grossen Gedanken deutscher Kolonisation: Schaffung eigener Pflanzungs- und Ackerbau-Kolonien zur Erhaltung des Volkstums und Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes, war die Zeit jedoch noch nicht reif. Wohl hatten die Einheitskriege eine nach aussen geschlossene und starke Nation geschaffen, aber die Volkwerdung hatte noch nicht begonnen. Der herrschende Liberalismus proklamierte die Selbständigkeit des Individuums und begünstigte die Politik des Freihandels, sodass die Kräfte der Nation immer mehr nach aussen abzufließen drohten. Wohl erkannte die Zeit die Notwendigkeit der Erweiterung der Wirtschaftsbasis angesichts des gewaltigen Anwachsens der deutschen Menschenzahl und ihrer Bedürfnisse. Aber statt die von Dr. Carl Peters und den Seinen gewiesene nationale koloniale Lösung mit Entschiedenheit zu erstreben, wurde weiterhin der Weg einer internationalen händlerischen Lösung beschritten, Denn die fehlenden Rohstoffe zur Versorgung der Heimat boten sich dem deutschen Volk zunächst noch ungehindert aus den Produktionsgebieten fremder Völker, das Problem der Arbeitsbeschaffung schien durch die Ausfuhr der Erzeugnisse des deutschen Arbeitsfleisses in die Bedarfsgebiete des Auslandes gelöst, und soweit der Ueberschuss der ländlichen Bevölkerung nicht von dieser Exportindustrie aufgenommen wurde, konnte er in überseeische Gebiete ungehindert abströmen. Indem die Millionen deutscher Menschen, denen die Heimat kein Land und kein Arbeitsfeld mehr bieten konnte, von fremdem Raume oder in fremdem Raume lebten, konnte freilich die deutsche Wirtschaft blühen. Dass es nur eine Scheinblüte war, erkannten nur die Wenigen, die wussten, dass die Existenz und der Wohlstand einer Nation auf die Dauer nicht auf fremden Gütern und fremdem Boden gegründet sein könne, sondern nur auf eigenem Grund und Boden und dem, was dieser Grund und Boden dem Volke zu bieten vermag.

So blieb in der Vorkriegszeit der koloniale Gedanke das Reservat Weniger und die Erschliessung der neuen kolonialen Reservieräume Deutschlands das Werk von nur wenigen Tausenden deutscher Männer und Frauen. Um so bewundernswerter sind die tatsächlichen Leistungen deutscher Kolonisation in dem einen kurzen Menschenalter vor dem Kriege. Es offenbarte sich in ihnen der angeborene und trotz

der Ungunst der Zeit nicht erstorbene ursprüngliche kolonisatorische Drang und die dem Deutschen innewohnende kolonisatorische Begabung.

Dass das internationale händlerische System, gegenüber dem das nationale koloniale System in der Vorkriegszeit nicht zum vollen Durchbruch kommen konnte, im Kerne ungesund war, musste sich in dem Augenblick erweisen, in dem die Voraussetzungen entfielen, auf denen es aufgebaut war: die Aufnahmefähigkeit und Aufnahmebereitschaft des Auslandes für deutsche Waren und deutsche Menschen.

Die grosse Wandlung

Während Deutschland im Weltkriege militärisch und damit wirtschaftlich vom Weltmarkte abgeschnürt war, entstanden in vielen früheren Bedarfsländern eigene Industrien, sodass sich Deutschland nach Beendigung des Krieges mit den Waffen von vielen Absatzmärkten verdrängt sah. Der weiterwährende und heute verschärft einsetzende moralische und wirtschaftliche Boykott zerriss die wenigen wiederangeknüpften Fäden. Heute ist es jedem Volksgenossen deutlich geworden, dass die Nation und jeder einzelne nur dann gedeihen können, wenn der nationale Wohlstand nicht von dem guten Willen anderer Völker, sondern lediglich von eigener Kraft und eigenem Können abhängt.

Durch den Weltkrieg und durch die 15 Jahre Zwischenreich hat sich eine innere Wandlung des deutschen Volkes vollzogen. Es hat sich auf die Urquellen seiner Kraft besonnen und beginnt, zu jener inneren Einheit und Geschlossenheit der Volksgemeinschaft zusammenzuwachsen, die von den ersten Verkündern der kolonialen Idee der Vorkriegszeit als die Folge kolonialer Betätigung erhofft und von Bismarck als die Voraussetzung deutscher Kolonialpolitik bezeichnet wurde.

So ist erst die heutige Zeit für den grossen Gedanken der deutschen Kolonisation wahrhaft reif geworden. Das neue Deutschland wird sich seiner uralten kolonialen Berufung wieder bewusst, wie sie Ausdruck gefunden hatte in der Kolonisation des frühen Mittelalters und der Wiedergewinnung des Ostens durch die Ordensritter. Es will den alten Bund wieder erneuern, den es mit der mütterlichen Scholle geschlossen hatte. Das Zeitalter übertriebener Industrialisierung ist zu Ende, das Zeitalter deutscher Kolonisation hebt an.

Der Führer und Erneuerer des deutschen Volkes, Adolf Hitler, hat in seiner Streitschrift "Mein Kampf" die Handels- und Kolonialpolitik der Vorkriegszeit mit scharfen Worten abgelehnt, weil sie es nicht verstanden hatte, die eigentliche Idee deutscher Kolonisation zu verwirklichen. Er will die grundsätzliche Wendung des Blickes und Werkes der Deutschen wieder von aussen nach innen. Aller

Aussenkolonisation muss die Zusammenfassung und der restlose Einsatz aller Kräfte zum Neuaufbau im Lande selbst vorausgehen.

So ist Hitlers Wort zu verstehen, das er in seinem Buch "Mein Kampf" als politisches Testament bezeichnet: "Sorgt dafür, dass die Stärke unseres Volkes ihre Grundlage nicht in Kolonien, sondern im Boden der Heimat in Europa erhält". Diese Mahnung bedeutet jedoch nicht, dass Adolf Hitler die Gewinnung von neuem Raum als überflüssig ansieht. Im Gegenteil, sagt er, es könne "nicht scharf genug betont werden, dass jede deutsche innere Kolonisation in erster Linie nur dazu zu dienen hat, soziale Misstände zu beseitigen, vor allem den Boden der allgemeinen Spekulation zu entziehen, niemals aber genügen könne, etwa die Zukunft der Nation ohne neuen Grund und Boden sicherzustellen".

Die koloniale Forderung des Führers

Darum ist die Forderung nach neuem Raum eine jener drei grundlegenden Forderungen der nationalsozialistischen Aussenpolitik der Zukunft, wie sie der Führer in seinem Parteiprogramm bereits im Jahre 1920 niedergelegt hat: Zusammenschluss aller Deutschen, Gleichberechtigung unter den Völkern und "Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und zur Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses". Diese Forderung hat er erneut in seiner Eigenschaft als Führer des gesamten deutschen Volkes bestätigt, als er im Oktober 1933 das Volk aufrief, ein Bekenntnis zu seinen aussenpolitischen Forderungen der Freiheit und Gleichberechtigung unter den Völkern abzulegen. Als damals der Berliner Vertreter der führenden englischen Zeitschrift "Daily Mail" die Frage an ihn richtete, ob die Wiedererlangung der früheren deutschen Kolonien eines der Ziele seiner Regierung sei, und ob Deutschland ein Mandat genüge, oder ob es die volle Souveränität über seine Kolonien zurückverlange, gab Reichskanzler Adolf Hitler zur Antwort: Deutschland habe zu viele Menschen auf seiner Bodenfläche. Es liege im Interesse der Welt, einer grossen Nation die erforderlichen Lebensnotwendigkeiten nicht vorzuenthalten; wir seien der Ueberzeugung, dass wir genau so fähig sind, Kolonien zu verwalten und zu organisieren wie andere Völker; die Zuteilung kolonialer Gebiete werde jedoch für Deutschland niemals eine Frage des Krieges sein, sondern werde auf dem Wege von Verhandlungen gelöst werden. Der Führer wiederholte damit, was er bereits im Februar 1933 einem Vertreter des "Sunday Express" gegenüber aussprach: "Was unsere überseeischen Kolonien betrifft, so haben wir koloniale Bestrebungen keineswegs aufgegeben. Auch dieses Problem muss gerecht gelöst werden. Es gibt eine grosse Menge Dinge, die Deutschland aus den Kolonien beziehen muss, und wir brauchen Kolonien genau so nötig wie irgendeine andere Macht".

Die Antwort Adolf Hitlers auf die Fragen des Korrespondenten der "Daily Mail" enthält die dreifache Feststellung, dass wir Deut-

schon kolonisieren können, dass wir kolonisieren müssen, und dass wir einmal wieder kolonisieren werden. Sie enthält somit zunächst eine bündige Zurückweisung der kolonialen Schuldüge, die den Vorwand für den geplanten Raub der deutschen Kolonien abgeben musste.

Die Kolonien sind unser unveräusserliches Eigentum

Jeder Deutsche weiss, und heute weiss es auch die Welt, dass die Behauptung, Deutschland habe sich als unfähig und unwürdig erwiesen, junge Länder zu erschliessen und junge Völker zu erziehen, lediglich ein Mittel der Kriegspropaganda war. Sie diente dazu, den Präsidenten Wilson zu bewegen, in die Wegnahme der deutschen Kolonien und ihre Uebertragung als Mandat an die Siegermächte einzuwilligen und so eine verschleierte Annexion der deutschen Kolonien zu ermöglichen ohne eine offensichtliche Verletzung seiner These "eines Friedens des Rechts und der Gerechtigkeit". Nachdem jedoch der Premierminister der Südafrikanischen Union im Jahre 1927 offiziell hat erklären lassen, dass das englische Blaubuch über angebliche deutsche Kolonialgreuel, auf dem die Kolonialschuldüge im wesentlichen beruht, ein "Dokument der Kriegshetze" sei, das "verdient, zu dem schimpflichen Begräbnis aller ähnlichen Schriften der Kriegszeit verdammt zu werden", ist der Kolonialschuldüge die Grundlage entzogen. Deutschland hat auf Grund der Bedingungen des Vorfriedensvertrages den Anspruch auf Erfüllung des 5. der 14 Punkte Wilsons, nämlich einer "freien, weitherzigen und völlig unparteiischen Schlichtung aller kolonialen Ansprüche". Nach einem Funkspruch des Oberst House, des Vertrauten Wilsons, aus Lyon vom Jahre 1919 bedeutet aber für Deutschland die Erfüllung dieses Versprechens den Zugang zu den kolonialen Rohstoffgebieten und die Erschliessung von kolonialen Siedlungslande.

15 Jahre lang hat das deutsche Volk unter diesem Makel der Kolonialschuldüge gelitten. Das neue Deutschland ist nicht gewillt, für alle Zukunft als minderberechtigt und minderwertig unter den kolonisierenden Völkern zu gelten. Es verlangt, dass sein kolonialer Ehrenschild von dem Makel befreit wird, den es erst durch den Anwurf der Gegner erlitten hat. Die Sühne für diese Beleidigung kann nur in der Rückgabe der uns unter lügnerischen Vorwänden geraubten Kolonien liegen. Diese kolonialen Neulande sind und bleiben unveräusserliches Eigentum der deutschen Nation. Wir haben sie durch friedliche Verträge mit den Eingeborenen erworben, wir haben sie durch die Arbeit und das Blut einer Generation deutscher Männer und Frauen aus unbekanntem Naturland zu deutschem Kulturland entwickelt, und indem wir in diesen Neulanden und für diese Neulande arbeiteten, opferten und bluteten, sind sie aus Fremdländern zu einem Stück deutschen Heimatlandes geworden. Wir können sie nicht preisgeben so wenig als irgendein anderes Stück deutschen Bodens.

Ein Wort des verewigten Reichspräsidenten von Hindenburg lautet: "Die Treue ist das Mark der Ehre". Wir haben nicht nur eine

Treueverpflichtung diesem deutschen Neulande, sondern vor allem seiner Bevölkerung gegenüber. Kein Volk kann so wie das deutsche sich rühmen, sich die Liebe und Hingebung der eingeborenen Bevölkerung bis zum Tode erworben zu haben. Die Treue der Eingeborenen, die sie in den Kämpfen des Weltkrieges bis zum letzten bitteren Ende bewiesen und ihre unzerstörbare Anhänglichkeit, die sie trotz 15 Jahren Fremdherrschaft noch heute in allen Kolonien uns entgegenbringen, sind für uns eine innere Verpflichtung. Selbst wenn uns unser eigenes Herz nicht riefte nach diesen Landen, so rufen diese Lande und ihre Völker nach uns.

Kolonien zur Ernährung des Volkes

Aber vor allem macht es uns die Not des eigenen Volkes zur unabweisbaren Pflicht, die kolonialen Neulande ihrer Bestimmung wieder entgegenzuführen, zu der sie vor 50 Jahren von weitschauenden Männern erworben worden waren. Wir fordern sie nach dem Worte des Führers zurück in erster Linie "zur Ernährung unseres Volkes". Die Erschliessung der Oedländer in der Heimat, die Gewinnung neuen Landes durch Trockenlegung von Seen und Mooren, die Aufteilung unwirtschaftlicher ländlicher Gross-Besitzungen, sowie die Anwendung aller technischen Möglichkeiten zur intensiven Ausnutzung des Bodens können wohl die Ertragfähigkeit unserer Landwirtschaft vermehren und damit viele Tausende deutscher Männer wieder an die heimatliche Scholle binden, aber gewisse unentbehrlich gewordene Nahrungs- und Genussmittel und gewisse pflanzliche Rohstoffe kann der Boden unserer Heimat nicht hervorbringen. Da es von Zeiten der Not abgesehen nicht der Sinn einer aufbauenden, den Wohlstand des Volkes sichernden und vermehrenden Wirtschaftspolitik sein kann, für alle Zukunft die Lebenshaltung des Volkes einzuschränken, so sind wir gezwungen, die nur in den tropischen und subtropischen Gebieten anbaufähigen Nahrungsmittel und pflanzlichen Rohstoffe entweder aus dem Auslande einzuführen oder aber uns selbst solche wirtschaftlichen Reserveräume zu erwerben und sie entsprechend den Bedürfnissen der Heimat zu entwickeln. Wie gross der Bedarf des deutschen Volkes an kolonialen Rohstoffen heute ist, mögen z.B. die nachfolgenden Einfuhrziffern aus dem Jahre 1933 dartun. Wir führten an Rohkakao 78.217 t im Werte von 29.053.000,-- RM., an Kaffee 129.969 t im Werte von 125.261.000,-- RM., an Rohtabak 78.850 t im Werte von 120.331.000,-- RM. ein. Noch bedeutender ist nach Menge und Wert die jährliche Einfuhr an Oelfrüchten und Oelsaaten für die Nahrungsmittelindustrie und an Baumwolle für die Textilindustrie. Wir führten im Jahre 1933 2.290.736 t Oelfrüchte und Oelsaaten im Werte von 268.587.000,-- RM. und 473.333 t Baumwolle im Werte von 300.994.000,-- RM. ein. Schon diese Zahlen zeigen, welche gewaltigen Summen deutschen Volksvormögens alljährlich in das Ausland für die Versorgung der Heimat abströmen. Wenn wir nicht in der Lage sind, in dem gleichen Umfange Erzeugnisse der deutschen Arbeit an das Ausland zu liefern, so müssen wir entweder die letzten Geldreserven hingeben, oder aber auf die Einfuhr

solcher Waren verzichten und damit unsere Lebenshaltung in einer Weise einschränken, die für den einzelnen auf die Dauer untragbar erscheint. Solange es der deutschen Wissenschaft noch nicht gelungen ist, für diese und andere kolonialen Rohstoffe einen vollgültigen Ersatz zu schaffen, sind wir zur Sicherung der Ernährung unseres Volkes und zur Aufrechterhaltung seines Lebensstandards zur Einfuhr dieser Rohstoffe gezwungen. Bei dem Erwerb und mehr noch bei der wirtschaftlichen Erschliessung unserer Kolonien in Afrika und der Südsee wurde vor allem das Augenmerk darauf gerichtet, solche eigenen Kolonialkulturen ins Leben zu rufen, die uns von den kolonialen Wirtschaftsgebieten anderer Völker mehr und mehr unabhängig machen könnten. Unsere Kolonien befanden sich freilich erst im Anfangsstadium ihrer Entwicklung, und darum konnten die von uns ins Leben gerufenen Kulturen zunächst nur einen geringen Prozentsatz des durchschnittlichen Jahresbedarfs an kolonialen Nahrungsmitteln und Rohstoffen decken. Aber trotzdem unsere koloniale Wirtschaft sich noch in den Anfängen befand und trotz des gewaltigen Rückschlages, den sie durch den Krieg und die Verschleuderung unserer Pflanzungen nach dem Kriege durch die Mandatsinhaber erfuhr, würden wir heute, wenn wir noch im unbeschränkten Besitz unserer Kolonien wären, unter Zugrundelegung der Produktionszahlen der Kolonien vor Beginn der Weltwirtschaftskrise, 50 vom Hundert unserer gesamten Einfuhr an Palmöl aus eigenen Pflanzungen decken können, 41 vom Hundert der Kopraeinfuhr für unsere Kunstbutterindustrie, 120 vom Hundert unseres Bedarfs an Bindegarnen für Landwirtschaft und Industrie, 56 vom Hundert unserer Einfuhr an Phosphatdünger und ungefähr ein Drittel unseres gesamten Bedarfs an Rohkakao.

Kolonien als Absatzgebiete

Mit einer solchen Versorgung der Heimat aus eigenen kolonialen Rohstoffquellen würde für uns zu einem grossen Teile der Zwang der Ausfuhr deutscher Erzeugnisse an das Ausland entfallen. In dem Masse, in dem die eigene koloniale Wirtschaft sich entwickelt, nimmt der Bedarf der kolonialen Produktionsgebiete an solchen industriellen Erzeugnissen zu, die in den Kolonien nicht selbst hergestellt werden und dem Ausbau der Wirtschaft sowie der Lebenshaltung des einzelnen dienen. Man hat errechnet, dass jeder Deutsche, der als Pflanzler oder Farmer oder Kaufmann in den Kolonien tätig ist, durch den von ihm unterhaltenen Betrieb fünf deutschen Volksgenossen in der Heimat Arbeit und Brot gibt. Trotzdem eine von Störungen freie, planmässige und grosszügige Erschliessung der Kolonien erst etwa ein Jahrzehnt vor dem Kriege einsetzte, betrug der Wert des Aussenhandels unserer Kolonien im Jahre 1913 bereits rund 320 Millionen \$, und er hatte im Jahre 1928 die Höhe von einer halben Milliarde erreicht. Während wir nun vor dem Kriege durchschnittlich 50 bis 70 vom Hundert von der gesamten Einfuhr in unsere Kolonien selbst in Händen hatten, ist dieser Anteil in der Nachkriegszeit auf durchschnittlich 10 vom Hundert herabgesunken, weil die Mandatsmächte in

der Lage sind, ein Handelsmonopol in den von ihnen verwalteten Gebieten auszuüben, nicht zuletzt infolge umfangreicher Regierungslieferungen. So ist es zum Beispiel dahin gekommen, dass England in Deutsch-Ostafrika heute an der Spitze der Einfuhrländer steht und Deutschland selbst von der zweiten Stelle langsam verdrängt wurde und sie der gewaltig zunehmenden japanischen Wareninvasion räumen musste.

Dieser Rückgang des deutschen Einfuhrhandels in die Kolonien ist um so bemerkenswerter, als in Deutsch-Ostafrika die Zahl der deutschen Pflanzler und Farmer seit Wiederezulassung der Deutschen im Jahre 1926 von Jahr zu Jahr zugenommen hat und heute selbst die Zahl der englischen Pflanzler und Farmer übersteigt. Es kann daher nicht im Sinne einer nationalsozialistischen Kolonialpolitik liegen, wenn wir uns darauf beschränken, in Gebieten fremder Oberhoheit eigene koloniale Unternehmungen zu errichten oder von fremden Unternehmungen die notwendigen Kolonialprodukte zu beziehen. Hinreichend grosse Absatzfelder bleiben uns nur in denjenigen Gebieten gesichert, in denen wir die Verwaltung in Händen haben und eine auf nationalsozialistischen Grundsätzen beruhende, den Bedürfnissen der Heimat angepasste Kolonialwirtschaft planmässig betreiben können.

Eine solche nationale Grossraumwirtschaft bedeutet jedoch keineswegs, dass das Tor zur Welt von uns vollends zugestossen wird. Adolf Hitler hat in seiner grossen Reichstagsrede vom 23. März 1933 ausgeführt: "Wir wissen, dass die geographische Lage des rohstoffarmen Deutschlands eine Autarkie für unser Reich nicht zulässt", und hinzugefügt, dass wir die Verbindung mit der Welt nötig haben, und dass die Arbeit für den Absatz der deutschen Waren in der Welt viele Millionen deutscher Volksgenossen ernährt. Aber die Entwicklung unserer Devisenlage angesichts der stets notwendigen Rohstoffeinfuhr und der Einschnürung des deutschen Exports erweisen fühlbar für alle Volksgenossen die Notwendigkeit der nationalsozialistischen Forderung der Angliederung eigener Rohstoff- und Absatzgebiete an das Mutterland.

Kolonien als Arbeitsfeld

Das bodenpolitische Programm des Führers fordert aber auch "Land und Boden (Kolonien) zur Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses". Es darf freilich nicht verkannt werden, dass das Schwergewicht des raumpolitischen Systems Adolf Hitlers in einer Bodenpolitik liegt, die den unbedingt notwendigen Zuwachs an Siedlungsland nicht vornehmlich in Kolonien sucht. Aber soweit der Intensivierung und Ausbreitung des deutschen Lebensraumes im Herzen Europas Grenzen gesetzt sind, innerhalb deren das wachsende Volk sein Genüge nicht finden kann, bleibt ein Ueberströmen des Bevölkerungsüberschusses in fremde Länder solange unausbleiblich, als nicht eigene Siedlungsgebiete in Uebersee diesem Ueberfluss an Menschen eröffnet werden. Die deutsche Auswanderung wird in vollem Umfange nicht abgeschnürt werden können. Es kommt also darauf an, sie in solche Gebiete zu lenken, in denen die deutschen Volksgenossen ihr Volkstum rein be-

wahren, kräftig entfalten und in engster Verbindung halten können mit der Volksgemeinschaft in der Heimat. Das ist aber nur möglich in solchen Gebieten, in denen der nationalsozialistische Staat die Gesetze der Wirtschaft und Kultur bestimmt, also in reichseigenen Provinzen über See. Ohnehin setzt die koloniale Rohstoffwirtschaft in diesen eigenen Ueberseegebieten voraus, dass Aussenposten deutscher Arbeit geschaffen werden, wo deutsche Volksgenossen als Farmer, Pflanzeur und Kaufleute, als Ingenieure, Techniker und Arbeiter, als Beamte, Erzieher und Aerzte tätig sind. Das bedeutet nicht Auswanderung, sondern Aussendienst am Volke. Mit Recht verlangt der Nationalsozialismus, dass der jahrzehntelangen Schwächung und Spaltung des Volkstums durch Abwanderung der besten Kräfte in fremde Wirtschaften und fremdes Volkstum für immer ein Ende gemacht werde, dass jeder Volksgenosse, der vom eigenen Volke her Wesensart und Lebenskraft gewann, dienendes Glied des Volksganzen bleibe. Er erfüllt diese Pflicht auch, wenn er in den Aussenwerken der Volkswirtschaft tätig ist. Ja, er kann hier, zu grossen schöpferischen Aufgaben eingesetzt, seinem Vaterlande grössere Dienste leisten, als wenn er im Schatten und Gedränge der allzu vielen sich nicht zu seiner ganzen Kraft und Stärke entfalten kann.

Man hat sich freilich vielfach über die Möglichkeiten kolonialer Siedlung und die daraus für die Heimat sich ergebenden Folgen ganz übertriebene Vorstellungen gemacht. Man sprach von der Ansiedlung von Hunderttausenden deutscher Bauern in eigenen Kleinbetrieben, auf denen sie ihre Ackernahrung finden könnten. In einer solchen Massensiedlung wurde vielfach die Gefahr einer Schwächung und Zersplitterung unserer Volksgemeinschaft erblickt. Soweit unsere alten Kolonien in Betracht kommen, wird von ernsthaften Beurteilern die Möglichkeit solcher Massensiedlungen zum mindesten stark bezweifelt. Aber selbst wenn man annimmt, dass im Verlaufe von 10 Jahren planmässiger nationalsozialistischer Aufbauarbeit in denjenigen Kolonien, in denen der Deutsche als Siedler und Farmer tätig sein kann, insgesamt 100 000 Deutsche angesetzt werden könnten, so würde das bei einem jährlichen Geburtenüberschuss von rund 300 000 doch immer nur aufs Jahr gerechnet den dreissigsten Teil des Geburtenüberschusses bedeuten, um den die Kopfzahl in der Heimat verringert wird.

Kolonien als Schule des Deutschbewusstseins

Es liegt nahe, dass sich in Zeiten der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Not das Auge in erster Linie auf den materiellen Wert deutscher kolonialer Neuräume richtet. Es würde aber einen Rückfall in rein materialistisches Denken bedeuten, wenn wir nicht die volkstumpolitische und volkserzieherische Aufgabe kolonialer Betätigung mindestens ebenso hoch bewerten. Wir können uns auf die Dauer nicht damit begnügen, dafür zu sorgen, dass jedem deutschen Volksgenossen sein begrenztes Arbeitsfeld und sein bescheidenes Auskommen gesichert sind. Der italienische Ministerpräsident Mussolini hat vor kurzem als eine der drei Aufgaben der Jugenderziehung die

Begeisterung für die Erschliessung weitentlegener nationaler Gebiete bezeichnet. Kolonisation ist eine Aeusserung des Heroischen im Menschen und die andere Seite des kriegerischen Heroismus im Deutschen. Darum glüht gerade die Seele der Jugend den Kolonien entgegen, weil sie in ihnen die Möglichkeit sieht, dass alle in ihr schlummernden Kräfte zu freier Entfaltung gelangen können. Hier, wo der Mensch ganz auf sich selbst gestellt ist, bewährt sich der Charakter. Was nicht innerlich stark ist, zerbricht, was aber im Innern gesund ist, entfaltet sich zur ganzen Fülle und Kraft seines Menschentums. Das gilt vom einzelnen und gilt von der Nation. Es ist etwas Grosses, wenn einem Volke so gewaltige Gemeinschaftsaufgaben gestellt werden wie die Erschliessung unermesslicher Naturräume und ihre Entwicklung zu Stätten deutscher Arbeit und Kultur.

Es ist auch nicht wahr, was vielfach behauptet wird, dass der Deutsche in der neuen kolonialen Umwelt Gefahr läuft, sein deutsches Volkstum zu verlieren, so wenig wie die deutschen Kolonialpioniere im mittelalterlichen Osten ihres Deutschtums verlustig gingen. Im Gegenteil, sie prägten ihm den Stempel ihres Wesens auf. So hat auch die Geschichte des deutschen Volkstums in Südwestafrika bewiesen, dass das dortige Deutschtum, das nun schon in der dritten Generation im Lande ist, sich in seiner ursprünglichen Reinheit und Kraft erhalten hat. Als der Kommandant des Kreuzers "Karlruhe" im Jahre 1930 von der deutschen Bevölkerung Südwestafrikas Abschied nahm, sagte er, er sei gekommen, den Deutschen Südweste ein Stück deutschen Wesens zu bringen, beschämt müsse er aber feststellen, dass sich in der alten Kolonie das Deutschtum reiner und kräftiger offenbare, als selbst in der Heimat. Das war zu einer Zeit, in der das Südweste Deutschtum bereits schwer um die Erhaltung seiner völkischen Art gegenüber der Entdeuschungspolitik der Südafrikanischen Union als Inhaber des Mandats zu kämpfen hatte, und als ihm Zuspruch und Unterstützung aus der Heimat nur von jenem verhältnismässig kleinen Kreise der kolonialen Verbände entgegengebracht wurde, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die nationale koloniale Idee im Kampfe gegen Parlamentarismus und Marxismus lebendig zu erhalten, bis ihre Zeit gekommen sei. Heute, da der Gedanke deutscher Volkstumsarbeit wirkendes Leben geworden ist und alle Deutschen in der Welt mit dem Deutschtum in der Heimat in eine grosse Volksgemeinschaft zusammenschliesst, geht ein unaufhörlicher Strom nationalen Wollens zwischen Inland-Deutschtum und Kolonial-Deutschtum hinüber und herüber. Das Kolonial-Deutschtum ist hier nicht nur der nehmende, sondern auch der gebende Teil. Es ist kein Zufall, dass, wer jemals auf kolonialem Aussenposten gestanden hat, für alle Zeit gegen die Krankheit des Internationalismus gefeit ist, und man weiss, dass gerade aus den Kolonien, wie aus der Diaspora des Auslandes Männer weiten Blickes und glühenden nationalen Tatwillens hervorzukommen pflegen. Eigene Kolonien sind Schulen des Deutschbewusstseins und Geburtstätten grosser Persönlichkeiten. Unsere Kolonialgeschichte war zu kurz, als dass sich diese erneuernde Kraft im Leben der Nation bereits hätte äussern können. Aber die Ge-

schichte der grossen Kolonialvölker, an ihrer Spitze England, beweist die Richtigkeit dieser Tatsache.

Der koloniale Gedanke ist Wesensbestandteil des Nationalsozialismus

Es ist wahrlich kein blosser Zufall, sondern im Geist und Willen des nationalsozialistischen Deutschland begründet, wenn gerade wieder heute der koloniale Gedanke die Massen entzündet und der Wille zur Tat drängt. Durch die 15 Jahre des Zwischenreichs waren die alten Kolonialleute fast ausschliesslich Verkünder der kolonialen Idee. Der versteht ihren Sinn falsch, der glaubt, dass die Verwirklichung des alten kolonialen Traumes lediglich bedeutet, dass eine vergangene Generation nachtrauert dem, was sie verloren hat und wieder erstehen lassen möchte. Selbst wenn wir niemals Kolonien gehabt hätten, würde heute der koloniale Gedanke mit elementarer Gewalt hervorbrechen, denn er ist ein Wesensbestandteil nationalsozialistischen Denkens und Wollens. Nach einem Worte von Reichsstatthalter Ritter von Epp, des Leiters des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP, sind Kolonien eine Grössenerscheinung unter den Völkern. Koloniales Wollen ist aber auch, wie Kultusminister Schemm, der Führer des NS-Lehrerbundes, vor einiger Zeit auf einer grossen Kundgebung sagte, eine Aeusserung des Jungseins eines Volkes. Das deutsche Volk beginnt sich dessen wieder bewusst zu werden, dass es noch ein ganz junges Volk ist, und dass es heute am Anfang eines neuen, auf Jahrhunderte gerichteten nationalen Werdens steht. Jungsein und Wachsen aber heisst Entfaltung auch in räumlicher Hinsicht. Wir sehen die gleiche Erscheinung bei allen jungen oder verjüngten Völkern: Japan hat, aus der Raumnot herausdrängend, gewaltige raumgreifende Unternehmungen eingeleitet; der italienische Faschismus sucht eine Erweiterung seines Kolonialreichs in Nordafrika, und in Polen schliesslich hat sich eine Kolonialbewegung gebildet, die in grossen Kundgebungen und Ausstellungen das Volk von der Notwendigkeit eigener Kolonien für die junge polnische Nation überzeugen will.

Der Führer hat die Verwirklichung seines aussenpolitischen Programms, wie er es in den ersten drei Punkten seines Parteiprogramms niedergelegt hat, mit Entschlossenheit und Stärke in Angriff genommen. Wir sehen, wie sich seine erste Forderung "Zusammenfassung des Deutschtums" im Innern bereits zu erfüllen begonnen hat, und wie seine zweite Forderung der "Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern" feierlich angemeldet und mit Entschiedenheit durchfochten wird. So wird auch der Tag kommen, an dem er das deutsche Volk aufruft, ihm zu folgen, wenn er die dritte seiner Forderungen verwirklichen will: "Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und zur Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses".

SCHULUNGSBRIEFE

des Reichskolonialbundes

herausgegeben von der Deutschen Kolonialgesellschaft

Als Manuskript vervielfältigt.- Abdruck nicht gestattet.- Preis 30 Pfg

Nr. 2

Berlin W 35, Am Karlsbad 10
den 15. November 1934

DIE DEUTSCHEN KOLONIEN IN ZAHLEN

Die nachfolgende Zusammenstellung dient ausschliesslich den Aufgaben der kolonialen Propaganda und Schulung. Sie erstrebt daher eine Vollständigkeit nur unter dem Gesichtspunkt, was der Propagandist und Redner wissen muss und ihm nicht in den verbreiteten Handbüchern griffbereit und bis auf die Gegenwart ergänzt vorliegt.

Das Zahlenmaterial ist im wesentlichen den amtlichen Quellen, zu einem Teile zuverlässigen Handbüchern und Sonderschriften entnommen. Es ist in folgende Hauptgruppen gegliedert:

- S 2- 3: I. Die deutsche Raumnot
- S 4- 5: II. Die Verteilung der kolonialen Räume
- S 6-15: III. Die Wirtschaft der deutschen Kolonien
- S 16-20: IV. Das Deutschtum in den Kolonien

Ergänzungen, die sich als zweckmässig erweisen sollten, bringen wir in späteren Schulungsbriefen.

Duems

SCHULUNGSBRIEFE

des Reichskolonialbundes

herausgegeben von der Deutschen Kolonialgesellschaft

Manuskript vervielfältigt.- Abdruck nicht gestattet.- Preis 30 Pfg.

Berlin W 35, Am Karlsbad 10
den 15. Dezember 1934

Der vorliegende Schulungsbrief umfasst die beiden
Materialgruppen:

I. Der Versailler Betrug

II. Koloniale Wiedergutmachung

Die Gruppe I "Der Versailler Betrug" enthält die vielfach unbekanntes oder im Wortlaut ungenau zitierten wichtigsten Auszüge aus den grundlegenden kolonialen Dokumenten der Zeit vom Waffenstillstand bis zum Versailler Diktat.

Die Gruppe II "Koloniale Wiedergutmachung" enthält die neuesten Stimmen des Auslandes gegen die Kolonialschuldflüge und für eine gerechte Regelung der Kolonialfrage und bildet so eine Fortsetzung früherer Materialsammlungen.

Das Material der Gruppe I beruht auf der Dokumentensammlung von Dr. Hans Poeschel "Die Kolonialfrage im Frieden von Versailles", Verlag Ernst Siegfried Mittler und Sohn, Berlin 1920. Das Material der Gruppe II ist zusammengestellt von Wilhelm Winter, Hauptstellenleiter im Kolonialpolitischen Amt der NSDAP.

Duems

S C H U L U N G S B R I E F E

des Reichskolonialbundes

herausgegeben von der Deutschen Kolonialgesellschaft

Manuskript vervielfältigt.- Abdruck nicht gestattet.- Preis 30 Pfg.

r. 4

Berlin W 35, Am Karlsbad 10
den 15. Januar 1935

Der vorliegende Schulungsbrief enthält den Wortlaut von zwei Referaten, gehalten in der Sitzung des Vorstandes der Deutschen Kolonialgesellschaft am 1. Dezember 1934 in Berlin:

Die Behandlung der Mandatsfragen im Völkerbund

von Ministerialdirektor z.D. Dr. Ruppel

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Südwest- und Ostafrika

von Dr. Arning, Direktor i.R. der
Kolonialschule in Witzenhausen

Diese Referate gewähren auf Grund persönlicher Erfahrungen und Beobachtungen einen authentischen Einblick in die Arbeiten der Mandatskommission des Völkerbundes sowie in die gegenwärtige Wirtschaftslage des Südwest- und Deutschost-Deutschlands. Sie sind daher als koloniales Schulungsmaterial hervorragend geeignet. Sie dienen den Vortragsrednern lediglich zur Information. Eine Verwendung des Inhaltes für Vortragstexte oder eine Veröffentlichung sind nicht gestattet.

Duems

Die Behandlung der Mandatsfragen im Völkerbund

von Ministerialdirektor i.R. Dr. Ruppel

Die neuerdings wieder stärker zu Tage tretenden Versuche einzelner Mandatsinhaber, Verbindungen zwischen den Mandatsgebieten und Gebieten, die den Mandataren selbst gehören, herzustellen, dienen ganz offensichtlich dazu, die Mandate auszuhöhlen und allmählich einen Zustand herbeizuführen, der, wenn nicht bereits eine völlige Annexion, von einer Annexion nicht sehr weit entfernt ist. Diese Bestrebungen ähneln nicht von gestern und heute. Sie sind so alt wie die Mandate selbst. Wir wissen, dass das Mandatssystem in Versailles von den Mandataren nur mit äusserstem Widerstreben angenommen worden ist. Die Mandatare haben sich in diesem Punkt unter das Joch von Wilson beugen lassen, der hier die Vertretung eines seiner wichtigsten Grundsätze: "keine Annexionen" nicht preisgeben wollte. Der Vater des Mandatssystems war bekanntlich der Südafrikaner Smuts. Er war aber, soweit es sich um unsere Kolonien handelt, ein Vater wider Willen, denn das Mandatssystem hatte er zugeschnitten nicht auf unsere Kolonien, sondern auf die vorderasiatischen Gebiete. Er hat sich zunächst gegen die Ausdehnung des Systems auf die Kolonien gesträubt, aber schliesslich nachgegeben. In welchem Geiste das geschah, zeigte sehr bald eine Erklärung, das Mandat unterscheide sich von der Annexion nur dem Namen nach, in Wirklichkeit besitze die Südafrikanische Union die Souveränität über Südwestafrika. Von ähnlichen Gefühlen sind offenbar alle übrigen Mandatare von Anbeginn an erfüllt gewesen. Sie haben das Mandatssystem hingenommen in der Hoffnung, die unbequeme Hypothek der gegebenen Zeit abzuschütteln. Es kam letzten Endes, wenn das Mandatssystem Leben und Dauer gewinnen sollte, darauf an, wie der Völkerbund, dem die Aufsicht über die Mandate übertragen war, diese Aufsicht ausüben würde. Ich möchte versuchen, kurz darzulegen, wie sich Genf bei der grossen Frage der Selbständigkeit der Mandate und zu den Annexionsbestrebungen von Anfang an verhalten hat. Man erhält dabei vielleicht auch eine Vorstellung davon, was man von Genf in dieser Beziehung in Zukunft erwarten kann.

1. Die Mandatsorgane des Völkerbundes

Zunächst ein Wort über die Organisation des Völkerbundes; ich bin in dieser Beziehung öfter auf sehr falsche Vorstellungen. Der Völkerbund hat vier Organe, die auf dem Mandatsgebiet tätig sind. Das oberste und Hauptorgan ist der Völkerbundsrat, die Vertretung der Grossmächte. Er ist das oberste politische Organ des Völkerbundes. In ihm fallen auch die Entscheidungen in Bezug auf das Mandatssystem. Er ist allein zuständig, endgültige Entscheidungen zu treffen. Daneben steht die Völkerbundsversammlung, die sich einmal im Jahr versammelt, in der alle amtliche Mitglieder des Völkerbundes vertreten sind, und zwar wird in der 6. Kommission jedes Jahr über die Mandate gesprochen. Da gibt es nun oft recht interessante Debatten. Sie enden meist mit sehr all-

gemeinen Resolutionen, die für die praktische Durchführung des Mandatssystems nicht viel zu besagen haben. Es hat Zeiten gegeben, wo erster gearbeitet wurde. Das war damals, als Nansen zu der Kommission gehörte, der sich der Mandate sehr angenommen hat.

Das dritte Organ ist das Sekretariat des Völkerbundes. Es besteht aus Beamten des Völkerbundes unter Führung des Generalsekretärs. Das Sekretariat ist ausgestattet mit einer Gruppe, die sich Mandatssektion nennt. Die Aufgaben sind nicht unmittelbare Verwaltungsaufgaben, sondern sie bestehen in der Hauptsache darin, die Entwicklung in den Mandatsgebieten zu verfolgen und vor allen Dingen darin, die Tagungen des Rates und der Mandatskommission vorzubereiten und die dort gefassten Beschlüsse zur Ausführung zu bringen. Die Mandatssektion ist sie besonders aktiv hervorgetreten.

Das letzte Organ ist die Mandatskommission. Die Mandatskommission hat sich, das muss man rückhaltlos anerkennen, durch ihre Arbeiten in den letzten 14 Jahren sehr hohes Ansehen sowohl bei den Regierungen und bei der für Völkerbundsfragen interessierten öffentlichen Meinung, als auch beim Völkerbundsrat erworben. Es kommt ganz selten vor, dass ein Beschluss oder Vorschlag der Mandatskommission vom Völkerbundsrat umgestossen wird. Wir haben deshalb, wenn wir uns mit der Haltung des Völkerbundes in Bezug auf die Mandate beschäftigen, im wesentlichen darauf zu sehen, was die Mandatskommission bisher getan hat und welche Auffassungen sie über die Grundlinie der Mandate hat.

Die Mandatskommission ist keine Kommission, in der Regierungsvertreter sitzen. Ihre Mitglieder sind nicht von den Regierungen beauftragt. Im Gegenteil, sie dürfen nicht einmal unmittelbare Staatsalter in ihren eigenen Ländern annehmen. Die Idee ist, unabhängige Leute hineinzusetzen, die etwas von der Sache verstehen. Nachdem ich nicht mehr Mitglied der Mandatskommission bin, kann ich sagen, dass darin eine ganze Anzahl ausgezeichnete Männer mit einer sehr langen Erfahrung auf kolonialpolitischem Gebiete sitzen, Männer mit sehr viel Charakter und Energie.

2. Die Aufgabe der Mandatskommission

Was ist nun die Aufgabe der Mandatskommission? Es ist nicht so, wie vielfach angenommen wird, dass sie etwa Mandate zu vergeben hätte. Die Mandatskommission arbeitet auf der gegebenen Basis der Verteilung der Mandate und der Rechtsgrundsätze, die in Art. 22 der Völkerbundsatzung und in den mit den einzelnen Mandataren abgeschlossenen Mandatsverträgen niedergelegt sind. Sie lehnt es ab, sich mit der Verteilung der Mandate zu beschäftigen. Das ist eine rein politische Frage. Sie lehnt es auch ab, Änderungen des bestehenden Mandatsstatuts zu erörtern. Ihre Aufgabe ist die Kontrolle der Tätigkeit der Mandatare an der Hand der Rechtsdokumente, die ich eben erwähnt habe. Diese Aufgabe war von Anfang an wesentlich erschwert dadurch, dass die Texte des Art. 22 und der Mandatsverträge nicht nur ausserordentlich kurz sind, sondern sich durch eine sehr weitgehende Dunkelheit auszeichnen. Es sind juristisch miserabel formulierte Texte, die in Paris sehr eilig entstanden sind. Es gibt kaum ein Gebiet des Völker-

rechts, auf dem eine so weitschichtige Literatur entstanden ist. Ich erinnere nur an die Frage der Souveränität über die Mandatsgebiete, wo es so viel Ansichten wie Bücher gibt.

Die Mandatskommission stand also vor einer sehr schweren Aufgabe. Be-
züglich der Annexionsbestrebungen kommt hinzu, dass die Mandatsurkunden
zwei Türspalten geöffnet haben für die Mandatare, die eine Politik der
Verbindung der Mandate mit Nachbargebieten zu verfolgen beabsichtigen.
Bekanntlich steht schon im Art. 22 des Völkerbundsstatuts selbst in Bezug
auf die sogenannten C - Mandate, dass die Mandatare berechtigt sind, die
Mandate nach den eigenen Gesetzen als integrierenden Bestandteil ihrer ei-
genen Gebiete zu verwalten. Das gilt für die Südseegebiete und für Südwest-
afrika. Die anderen Mandate sind B - Mandate, nämlich Togo, Kamerun und
Deutsch-Ostafrika. Für sie steht nichts Ähnliches in der Mandatsklausel
der Satzung. Aber in den Mandatsverträgen ist bestimmt, dass die Mandatare
berechtigt sind, fiskalische und Verwaltungsunionen zwischen dem Mandat und
den Nachbargebieten herzustellen. Darüber hinausgehend enthalten die
B - Mandatsverträge, ausser dem für Tanganyika, die Klausel, dass der Manda-
tar berechtigt ist, das Gebiet nach seinen eigenen Gesetzen als integrie-
renden Bestandteil zu verwalten. Wie weit diese Klauseln zu Recht bestehen,
darüber herrschen verschiedene Meinungen. Die Frage der Rechtsbeständigkeit
existiert für die Mandatskommission nicht. Es handelt sich für sie nur um
die Anwendung der Klauseln.

3. Die englischen Mandate Togo und Kamerun

Wie haben sich nun die Dinge praktisch entwickelt? Die ersten, die von
der Ermächtigung Gebrauch gemacht haben, sind die Engländer, und zwar in
Bezug auf die Mandate Togo und Kamerun. Dort war die Sache erleichtert da-
durch, dass diese Mandatsgebiete nur ganz schmale Landstreifen unserer al-
ten Schutzgebiete Togo und Kamerun umfassen. Die Engländer haben gesagt:
Wir können Togo und Kamerun gar nicht als eigene selbständige Einheiten ver-
walten. Infolgedessen haben sie von der Klausel Gebrauch gemacht, dass diese
Gebiete verwaltet werden können, als wenn sie Teile der Goldküste bzw. von
Nigerien wären. Das hat sich so ausgewirkt, dass praktisch allmählich der
Mandatscharakter dieser Gebiete fast verschwunden ist. Es kommt hinzu, dass
die Engländer in keiner Weise vor den bestehenden Grenzen zurückgeschreckt
sind. Nur die Küstengebiete bilden selbständige Bezirke. Dagegen haben sie
die nördlichen Teile in geschickter Weise stückweise mit Nigerien und der
Goldküste verschmolzen. Sie haben die alten Verhältnisse, die früher be-
standen haben, wiederhergestellt, sodass die Bezirke über die Grenzen hin-
aus verschachtelt sind und es sehr schwer sein dürfte, sie wieder auseinan-
der zu reißen. Ein höherer englischer Kolonialbeamter von der Goldküste
erklärte mir gelegentlich, an der Goldküste seien alle der Ueberzeugung,
dass es nur eine Frage der Zeit sei, dass die deutschen Schutzgebiete
wieder an Deutschland zurückkommen, aber dann müsse man dafür sorgen, wirk-
lich brauchbare Grenzen zu schaffen, d.h. unter Berücksichtigung der Stam-
mes- und sonstigen Verhältnisse. Das sollte heissen, dass die Teile, die
man mit der Goldküste verschmolzen hat, englisch bleiben müssten. Im ganzen
hat man den Eindruck, dass von dem Mandatscharakter dieser Gebiete kaum
noch viel zu bemerken ist. Ich bin jedenfalls überzeugt, dass die Eingebor-
nen im Innern nicht wissen, dass sie einem Mandatsgebiet angehören.

So ist die Politik der Engländer von Anfang an darauf gerichtet gewe-
sen, die Mandate umzubiegen und hintenherum das zu erreichen, was sie in
Paris nicht erreicht haben. Dabei ist die englische Verwaltung wie überall
in den Kolonien nicht schlecht. Die Deutschen haben dort wenig Grund zu
Klagen. Aber die Tatsache bleibt bestehen, dass das Mandat weitgehend sach-

sch beseitigt worden ist.

Die Mandatskommission, die sich 1923 (1921 ist sie gegründet worden) mit dieser Frage beschäftigte, kam zu dem Ergebnis, dass gegen die Eingliederung nichts zu machen sei, da die Engländer das Recht hätten, die Gebiete als integrierenden Bestandteil der Nachbargebiete zu verwalten, sie hat sich also mit dem geschaffenen Zustande mehr oder weniger abgefunden. In der Zwischenzeit hat sich die Haltung der Mandatskommission auf diesem Gebiete wesentlich weiter fortentwickelt. Wir sehen das in Bezug auf Französisch-Togo, wo die Mandatskommission den Franzosen sagt: Wie kommt Ihr da, das Land mit Dahomé vereinigen zu wollen?

Die britischen Mandatsgebiete Togo und Kamerun haben keine eigenen Verfassungen. Der Völkerbund hat aber darauf gedrückt und gesagt: Wir müssen wissen, wie es mit den Finanzen steht. Darauf hat man sich bereiterklärt, jedes Jahr Übersichten über die Finanzen dieser Gebiete zu geben, die allerdings lediglich auf dem Papier stehen. In diesen Übersichten werden die Gebiete mit einem Teile der Ausgaben der Zentralverwaltungen der benachbarten Kolonien belastet; sie schliessen deshalb regelmässig mit Defiziten ab. Die Engländer haben feierlich erklärt, dass diese Beträge keine Belastung der Gebiete selber darstellen und von ihnen nicht zurückgefordert werden würden. Aber die Defizite werden addiert. Wenn ich die Zahlen recht im Kopf habe, betragen sie jetzt bereits für Kamerun 700 000 Pfund und für Togo 400 - 50 000 Pfund. Sollte eines Tages die endgültige Regelung der kolonialen Angelegenheiten kommen, dann bin ich sicher, dass die Engländer auf diese Beträge zurückkommen werden.

4. Die belgischen Mandatsgebiete Ruanda-Urundi

Das belgische Mandatsgebiet Ruanda-Urundi wurde 1925 durch Gesetz mit der Kongo-Kolonie für Verwaltungszwecke vereinigt, von der es seitdem eine Provinz bildet. Die deutsche Regierung hat damals beim Völkerbund Protest eingelegt mit der Begründung, dass damit der Charakter des Gebiets als selbständige völkerrechtliche Einheit verletzt werde. In Genf ist man über diesen Einwand hinweggegangen. Es hat sich allerdings im Laufe der Zeit herausgestellt, dass die Belgier nicht so weit gegangen sind wie die Engländer. Das Gebiet wird einigermassen selbständig verwaltet und ist vor allen Dingen eine selbständige finanzielle Einheit geblieben. Es hat seinen eigenen Etat und trägt seine eigenen Schulden, was auch unter dem Gesichtspunkt des Wiedererwerbs eine gewisse Rolle spielen dürfte. Ruanda-Urundi hat heute eine Schuld von 150 000 000 belg. Francs, gleich 17 bis 18 Millionen Reichsmark. Einstweilen sind dort keine weiteren Beschwerden. Ich halte aber den bestehenden Zustand mit dem Mandat nicht für vereinbar.

5. Das englische Mandatsgebiet Tanganyika Territory

Nun komme ich zu dem englischen Mandatsgebiet in Ostafrika, dem sog. Tanganyika Territory. Hier geht die Annexionsbestrebung unter dem Stichwort Closer Union. Seit 1924 geht dieses Schauspiel. Die Engländer haben zunächst nacheinander drei Kommissionen herausgeschickt. Dann wurde 1930 ein Weissbuch veröffentlicht, in dem ein fester Plan für die Zusammenlegung von Tanganyika mit Kenya und Uganda angekündigt wurde. Der Plan ging wie üblich an eine parlamentarische Kommission. Deren Ende 1931 erstatteter Bericht war negativ. Die Materialien der Kommission sind kolonialpolitisch von ungewöhnlichem Interesse. Die Engländer haben eine grosse Zahl von Leuten, die über diese Dinge mitreden können. Sehr interessant sind auch die Aussagen der Eingeborenen, die man seinerzeit nach London hat kommen

lassen. Das Votum der parlamentarischen Kommission von 1932 ging dahin: die politische Vereinigung der drei Gebiete Kenya, Uganda und Tanganyika wird abgelehnt, weil es nicht die Zeit sei, an derart durchgreifende Massnahmen zu denken, es würde noch eine sehr lange Reihe von Jahren vergehen, bis die Zeit zu endgültigen Entschlüssen gekommen sei. Dabei wurde aber der Standpunkt vertreten, dass eine Vereinigung an sich gerechtfertigt sei durch Art. 10 des Mandatsstatuts. Praktisch aber ist der Wind in Ostafrika für eine gewisse Zeit umgeschlagen. Als 1930 die Regierungserklärung, die von der damaligen Labourregierung ausging, zwar die Absicht der Vereinigung ankündigte, gleichzeitig aber sehr starke Garantien für die Eingeborenen forderte, da fanden die Kenya-Siedler ein Haar dar- in und lehnten diese Form der Vereinigung ab. Das war einer der wesent- lichsten Gründe, aber es gab noch eine Reihe anderer, an denen die Ver- einigung scheiterte. Der positive Beschluss, der gefasst wurde, ging da- hin, die Gouverneurkonferenz auszubauen. Seit einer Reihe von Jahren be- steht die Sitte, dass die Gouverneure von Uganda, Kenya und Tanganyika sich treffen und die akuten Fragen der Verwaltung durchsprechen. Es sind Konferenzen, die rein informativischen Charakter haben. Beschlüsse werden nicht gefasst. Die Besprechungen sind also nicht bindend für die einzel- nen Gebiete, insbesondere nicht für Tanganyika. Bei diesen Konferenzen sind übrigens nicht nur die genannten drei Gebiete vertreten, sondern auch Njassaland, Nord-Rhodesien und Sansibar. Durch den Beschluss der Regierung wurden diese Gouverneurkonferenzen nunmehr eine ständige Ein- richtung, aber in ihrer Funktion blieben sie unverändert, d.h. sie haben keine bindenden Beschlüsse zu fassen. Jede einzelne Verwaltung bleibt unabhängig. Weiter wurde beschlossen, es sollte nach Möglichkeit eine Kooperation zwischen den einzelnen Verwaltungszweigen der drei Gebiete eingerichtet werden.

Die Closer Union kam nach Genf, nachdem dieses ganze Spiel sich abge- rollt hatte. Das erklärt sich dadurch, dass die Mandatskommission nur die Kontrolle über das hat, was tatsächlich geschieht, und dass, als 1929 die Frage im Völkerbundsrat zur Sprache kam, die Engländer erklärt hat- ten, sie würden nichts Endgültiges unternehmen, bevor nicht die Mandats- kommission dazu Stellung genommen hätte. Jedenfalls wartete die Mandats- kommission ab.

Ich habe vorher berichtet, dass die Zusammenschlüsse der britischen Mandate Kamerun und Togo und des belgischen Mandats Ruanda-Urundi mit den benachbarten Kolonien von der Mandatskommission nicht beanstandet worden waren. Inzwischen war man sich dort über gewisse Grundprinzipien des Mandatssystems klar geworden. Man hatte z.B. festgestellt, dass die Eingeborenen weder Staatsangehörige noch Untertanen des Mandatsstaats sind. Es war ferner entschieden worden, dass die Eisenbahnen und anderes öffentliche Eigentum nicht den Mandataren sondern den Mandatsgebieten selbst gehören, und schliesslich hatte man auch klargestellt, dass die Mandatäre nicht die Souveräne der Mandatsgebiete sind. Die letztere Frage kam ins Rollen von Südafrika her, das für sich die Souveränität über Südwest in Anspruch nahm. Der Völkerbundsrat entschied auf Vorschlag der Mandatskommission im gegenteiligen Sinne. Die Südafrikanische Union hat das nach einigem Widerstreben anerkennen müssen, ebenso wie die Union einen Zurück- zieher in Bezug auf die Eisenbahnen hat machen müssen.

Ich erwähne alle diese Dinge nur deshalb, um zu zeigen, wie die Man- datskommission in einzelnen Fragen allmählich ihre Doktrin ausgebaut hat und zu Richtlinien gekommen ist, die den grundlegenden Texten eine Ausle- gung geben, die den selbständigen Charakter der Mandate in den Vordergrund

stellt. Als ich in die Mandatskommission eintrat - 1930 - war aber die grosse Mehrheit immer noch der Ansicht, dass die Ermächtigungsklauseln den Mandataren eine weitgehende Freiheit zu Verwaltungsunionen liessen, die man zwar bedauern könne, aber nicht einschränken dürfe. Das galt insbesondere für die englischen Closer Union-Pläne in Bezug auf Deutsch-Ostafrika. In den folgenden Jahren wurden die mandatsrechtlichen Prinzipien immer mehr herausgearbeitet, und als dann endlich zur ostafrikanischen Frage Stellung genommen wurde, herrschte in der Kommission völlige Einigkeit darüber, dass die Closer Union, d.h. die Einrichtung einer gemeinschaftlichen Verwaltung für die drei Gebiete, mandatsrechtlich völlig unzulässig sei. Einstimmig ist festgestellt worden, dass die Herstellung einer politischen Union den Charakter des Mandats berühre und die Existenz des Gebiets als selbständige Einheit des internationalen Rechts zerstöre. Die Existenz als völkerrechtliche Einheit" - diese Formulierung ist ungeheuer wichtig. Es ist jetzt verbrieft und versiegelt, dass die Mandatsgebiete selbständige internationale Einheiten sind, woran nicht gerührt werden darf.

Bezüglich der Gouverneurkonferenzen dagegen sagte man: Dagegen ist nichts zu machen, das sind lose Gebilde. Man kann nicht verbieten, dass die Gouverneure zusammenkommen und sich unterhalten. Aber man ist in Genf sehr skeptisch geworden und hat erheblichen Verdacht gerade gegenüber der künftigen englischen Politik in Ostafrika. Infolgedessen hat die Kommission stark unterstrichen, dass die Gouverneurkonferenzen niemals exekutive Befugnisse erhalten und niemals einen Zwang gegenüber Tanganyika anwenden dürfen.

Das Dritte war: die englische Regierung hatte den Gouverneuren der drei Gebiete empfohlen, die einzelnen technischen und kommerziellen Verwaltungszweige der drei Gebiete in irgendeiner Weise zusammenzuschliessen. Es handelt sich dabei um Zoll, Post, Eisenbahnen, Strassen, Luftverkehr, Verteidigung und Wirtschaftsförderung. Gleichzeitig hatten aber die Engländer, und das hat ihnen in Genf sehr geschadet, ohne Genf zu verständigen, die Postvereinigung vorgenommen. Das gab der Kommission Veranlassung, der Verurteilung der Closer Union hinzuzufügen, dass auch Massnahmen, die praktisch auf die Errichtung einer solchen Union hinzielen würden, nicht zulässig wären. Immerhin ist die Kommission hinsichtlich der Teilfusionen noch nicht bis zur letzten Klarheit vorgestossen. Es bleibt festzustellen, welche Teilfusionen erlaubt sind und welche nicht. Es gibt nämlich verschiedene Arten. Ein praktisches Beispiel auf dem Gebiet des Zollwesens mag das zeigen: Seit 1927 besteht zwischen Tanganyika und Kenya eine Zollunion in der Form, dass die Zollgrenze weggefallen ist und die Gesetzgebung auf diesem Gebiet in beiden Ländern die gleiche ist; es gibt aber keine gemeinschaftliche Zollverwaltung. Diese Art von Zollunion (ohne die Zusammenlegung der Verwaltungen) ist in Genf glatt durchgegangen, und solange der Art. 10 existiert, wird man dagegen nicht viel einwenden können. Etwas anderes wäre es, wenn die Verwaltungen zusammengelegt würden. Ich habe den Standpunkt vertreten, dass Teilfusionen dann unzulässig sind, wenn gemeinschaftliche mit Exekutivgewalt ausgestattete Organe geschaffen werden. Mit dieser Auffassung bin ich in Genf noch nicht durchgedrungen. Der einzige, der mich unterstützte, war der Japaner. Die endgültige Stellungnahme zu der Postfusion wurde zurückgestellt, bis praktische Erfahrungen über ihre Auswirkungen vorliegen. Auf dem Gebiet der Teilfusionen ist die Stellungnahme der Mandatskommission also noch nicht einheitlich, aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass man auch hier zu einer klaren Stellungnahme kommt. Die allgemeine Haltung der Mandatskommission geht zweifellos dahin, für die Selbständigkeit der Mandate einzutreten.

Wie steht es nun heute? Für die drei Gebiete Tanganyika, Uganda und

Kenya funktioniert in regelmässigen Tagungen die Gouverneur-Konferenz. Durchgeführt ist ferner die Postunion, die kürzlich ergänzt worden ist durch die Einführung einer einheitlichen Briefmarke. Dagegen ist nichts geschehen auf dem Gebiet der Vereinheitlichung der Zollverwaltung. Abgelehnt worden ist die Vereinigung der Eisenbahnen. Man wollte dabei gleichzeitig den Verkehr vom Kilimandscharo nach Mombasa ablenken und die Tanganyika-Bahn unterbrechen. Das ist gefallen. Auch sonst ist nichts weiteres geschehen. Neben der Gouverneur-Konferenz besteht augenblicklich nur die Postunion, über die in Genf noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist. Die Bestrebungen auf Vereinigung gehen selbstverständlich weiter. Ich will darüber noch einige wenige Worte sagen, um zu zeigen, wie die Engländer denken. Anfang Juni 1934 wurde von einem englischen Regierungsvertreter in der Mandatskommission, als er auf einen Beschluss der Handelskammern in Daressalam angesprochen wurde, erwidert, die Regierung lasse sich durch solche Aeusserungen nicht beeinflussen. Kaum 14 Tage später erklärte der Kolonialminister allerdings bei einer privaten Gelegenheit, in London, die Situation sei ganz klar, England habe das unzweifelbare Recht, eine Closer Union in Ostafrika herzustellen, wann es ihm beliebt. Und der Mann konnte das sagen, nachdem im vorigen Jahr vom Völkerbundsrat festgestellt worden war, dass die Closer Union gegen das Mandat verstossen würde. Der Drang privater Kreise auf die Closer Union geht aus einer Entschliessung der Handelskammer in Daressalam hervor, der Sitzung der vereinigten Handelskammern in Mombasa die Einsetzung eines Unterkomitees von Vertretern der drei Länder Tanganyika, Kenya und Uganda vorzuschlagen, das eine Denkschrift über den technischen und wirtschaftlichen Zusammenschluss der drei Länder ausarbeiten soll. Ferner war vor ein paar Tagen in der Times zu lesen, dass auf einer Sitzung der vereinigten Handelskammern von Ostafrika der Antrag auf Vereinigung der Zollverwaltung beschlossen worden ist. Vorher waren von dieser Seite noch viel weiter gehende Forderungen propagiert worden. Hinweisen muss ich schliesslich auf die Haltung der nicht-deutschen Europäer in Tanganyika. Dort hat sich eine sog. Britische Union gebildet, der nicht nur Engländer angehören, sondern auch alle anderen nicht-deutschen Fremden (Schweizer, Griechen, Südafrikaner usw.). Diese Vereinigung hat als ersten Programmpunkt die Closer Union, die Herstellung der Vereinigung der Verwaltungen, aufgestellt. Gerade diese Stimmen können eines Tages etwas unangenehm werden. Dazu kommt die Haltung der Inder, die vor Jahren grosse Gegner der Closer Union waren. Jetzt ist da ein Wandel eingetreten. Die Inder sind jetzt für die Closer Union. Die Dinge verschärfen sich also immer mehr, der Kampf geht weiter, und wie er letzten Endes auslaufen wird, weiss man nicht. In Genf wird man, so muss man hoffen, daran festhalten: Direkte Closer Union gibt es nicht.

6. Das Südafrikanische Mandat Südwestafrika

In Südwestafrika treiben die Dinge jetzt einer Entscheidung über die Verfassung zu. Verwaltet wird das Gebiet bisher als selbständige Einheit. Es gibt eine Zollunion, und die Eisenbahnen werden von der Union mit betrieben. Die Vorgeschichte des berühmten Beschlusses des Landesrats über Angliederung Südwests als fünfte Provinz brauche ich nicht im einzelnen darzulegen. Bekannt sind die Beschlüsse von 1932 und das Kapstädter Memorandum, die in der Richtung der weiteren Verselbständigung des Landes gingen. Die Deutschen gaben dazu ihre Zustimmung, weil in Aussicht genommen war, das Deutsche als dritte Landessprache zuzulassen und die Naturalisierungsbedingungen zu erleichtern. Diese Sache ist gescheitert. Die Nationalitäten haben sich veruneinigt. Im Mai 1934 nahm der Landesrat, nachdem die deutschen Mitglieder das Haus aus gewissen Gründen verlassen hatten, einstimmig den Antrag an, das Land als fünfte Provinz an die Union

anzugliedern. Dieser Beschluss ist von dem neugewählten Landesrat mit Zweidrittelmehrheit wiederholt worden. Der Landesrat hat keinerlei Spur von irgend welcher Zuständigkeit, die Verfassung des Landes zu ändern. Der Beschluss hat also keine unmittelbare rechtliche Wirksamkeit. Es handelt sich nur um eine parlamentarische "Resolution", zu der die Unionsregierung Stellung zu nehmen haben wird.

Der Beschluss - ich nehme an, dass man den Beschluss wiederholt hat, den man im Mai gefasst hat - enthält vier oder fünf Punkte. Südwest soll künftig Abgeordnete in das Unionparlament schicken, das aus Senat und Bundesversammlung besteht. In Bezug auf die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Staatsfinanzen soll es behandelt werden wie eine Provinz der Union, also wie Transvaal, Kapland, Natal, Oranjerestaat. Dabei soll der mandatsrechtliche Charakter des Landes gewahrt werden. Man will also keine offene Annexion, die selbstverständlich der Völkerbund niemals zulassen könnte. Das Mandatsgebiet soll nur behandelt werden, als ob es eine Provinz der Union wäre. Aber auch das ist in der Form, wie man sie im Mai beschlossen hat, mandatsrechtlich absolut unzulässig. Durch die früher erwähnte Ermächtigungsklausel werden die Grundprinzipien des Mandatsstatuts nicht berührt. Sie dürfen nicht verletzt werden. Dahin gehört das Prinzip der völkerrechtlichen Selbständigkeit, ferner das Prinzip der Uneigennützigkeit, d.h. die Mandatäre haben nicht eigene Interessen zu vertreten, sondern ausschliesslich die des Landes, und schliesslich der Grundsatz, dass die Gebiete zur Selbstverwaltung und Selbstbestimmung entwickelt werden sollen, bis sie eines Tages selbst über ihr eigenes Schicksal entscheiden. Die Entsendung von Abgeordneten in das Unionparlament wäre zweifellos unvereinbar mit der Selbständigkeit des Gebiets. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das jemals in Genf durchgehen wird. Weiter würden alle Einnahmen in die Unionkasse fliessen. Damit würde die finanzielle Selbständigkeit von Südwestafrika weitgehend verschwinden; insoweit spielt auch die Frage der Uneigennützigkeit herein. Eine besondere Bedeutung, besonders in Genf, hat ferner die Frage der Eingeborenenbehandlung. In Genf hat man stets grosses Interesse für die Eingeborenen gezeigt. Viele glauben, dass die Eingeborenen den Zentralpunkt des ganzen Systems darstellen. Nun unterscheiden sich in diesem Punkte die Verhältnisse in Südwestafrika wesentlich von denen in anderen Kolonien. Ich brauche das nicht weiter auseinanderzusetzen, sicher würde die Ausdehnung der in der Union geltenden Eingeborenenengesetze und der Verwaltungspraxis auf Südwestafrika in Genf auf völlige Ablehnung stossen. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Haltung der Engländer hinsichtlich der südafrikanischen Eingeborenenprotektorate. Bei der Gründung der Union ist dieser in Aussicht gestellt worden, dass sie eines Tages deren Regierung übernehmen sollte. Kürzlich hat die Union die Uebertragung der Protektorate beantragt. Dem gegenüber macht man in London geltend, dass die Südafrikaner noch nicht dazu gekommen seien, eine einheitliche und einwandfreie Linie für die Behandlung der Eingeborenen festzusetzen, und dass, solange man nicht wisse, welchem Schicksal die Eingeborenen der Protektorate entgegengehen würden, nicht endgültig Stellung genommen werden könne. Genf würde sich bezüglich Südwestafrikas nicht anders verhalten. Worauf es jetzt ankommt, ist die Entscheidung der Südafrikanischen Regierung. Sie ist in dieser Frage bisher sehr zurückhaltend gewesen. General Hertzog hat die Vereinigte Partei bei ihrer Agitation für den Anschluss bisher nicht unterstützt. Er hat noch in diesem Jahre den Vertretern des Deutschen Bundes gegenüber, die ihn in Kapstadt besuchten, erklärt: Aufgabe des Mandatars sei es, das Mandat so zu entwickeln, dass sowohl auf dem Gebiet der Selbstverwaltung wie finanziell das Mandat auf eigenen Füßen stehen könne. Dann würde es der Mandatar der Bevölkerung freistellen, sich für die

Selbständigkeit zu entscheiden oder Anschluss an Rhodesien oder an die Union oder an Angola oder an Deutschland zu suchen. Gegen diese Auffassung ist nichts einzuwenden. Das Ziel des Mandatssystems ist Verselbständigung und Selbstbestimmung.

Dann möchte ich noch eine zweite Äusserung anführen, die kürzlich der Administrator des Landes, Dr. Conradie, gemacht hat, als er von der Union zurückgekehrt war, die dahinging: Weder der Landesrat noch die Regierung der Union könnten in der Frage des Anschlusses endgültig entscheiden. Das ist auch richtig. Der Beschluss des Landesrats hat keine unmittelbare Bedeutung. Die Union wird sich ganz überlegen müssen, was sie in dieser Richtung überhaupt tun darf. Es liegen Nachrichten vor, dass sie in ihrer bisherigen ablehnenden Haltung schwankend geworden ist. Wir werden ihre Entscheidung abzuwarten haben.

7. Das französische Mandatsgebiet Togo

Zum Schluss ein kurzes Wort über das französische Mandatsgebiet Togo. Ich sprach bereits von der Verlegung des Obergerichts von Kamerun nach Äquatorialafrika und von der kürzlichen Erklärung des französischen Vertreters in Genf, dass man eine Vereinigung von Togo mit Dahomé herzustellen beabsichtige. Ich habe die Genfer Protokolle noch nicht gesehen und kann daher im einzelnen wenig dazu sagen. Sicher ist, dass die Finanzen von Togo sich in den letzten Jahren rapid verschlechtert haben. Vor wenigen Jahren war noch eine Reservekasse von 30 Millionen Franken da. Man konnte sogar zunächst die Kosten der Verlängerung der Zentralbahn aus laufenden Mitteln bestreiten. Erst seit 1931 sind die Einnahmen wesentlich zurückgegangen. Man hat eine Anleihe von 73 Millionen Franken aufgenommen und Reparationslieferungen erhalten, die an die Pariser Regierung bezahlt werden müssen, sodass heute Französisch-Togo etwa mit 100 Millionen belastet ist. Das bedeutet einen Jahresdienst von 6 Millionen Francs. Da die eigenen Einnahmen des Gebiets im laufenden Jahre nur noch auf 16 - 17 Millionen geschätzt werden, so geht mehr als ein Drittel der eigenen Einnahmen auf den Zinsdienst. Die Situation wird sich infolgedessen noch weiter wesentlich verschlechtern. Das ist natürlich kein Grund dafür, dass man das Gebiet an Dahomé anschliessen muss. Die Franzosen haben bisher noch keinen Pfennig aus eigener Tasche für das Land bezahlt. Interessant war nun die Reaktion in Genf auf die Ankündigung der französischen Absichten, obwohl sie doch nichts anderes tun würden, als was die Engländer mit dem westlichen Teil von Togo gemacht haben. Damals resigniertes Geschehenlassen, jetzt anscheinend starker Widerstand in der Mandatskommission. Das ist bezeichnend für die ganze Entwicklung. Die Mandatskommission hat allmählich festeren Boden unter die Füße bekommen und man kann sagen, dass sie weitgehend die Absicht hat, sich vor die Selbständigkeit der Mandatsgebiete zu stellen. Wir wollen hoffen, dass diese Haltung weiter in Genf die Oberhand behält.

10

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Südwest- und Ostafrika

von Dr. Arning
Direktor i.R. der Kolonialschule in Witzenhausen

I. Die Kolonien an der Westküste

In den 44 Jahren, seit ich zum ersten Mal an der Westküste Afrikas gewesen bin, haben sich dort grosse Aenderungen vollzogen. Dakar in der französischen Senegalkolonie ist ein vortrefflich ausgebauter Hafen geworden; diesem haben die Engländer Takoradi an der Goldküste entgegengesetzt. In die ewige, gewaltige Brandung, die der Atlantik hier gegen die Küste wälzt, haben sie diesen Seehafen hineingeworfen und sie bezwungen; eine ganze Flotte grosser Seeschiffe kann darin ankern; es ist ein bewundernswerter Bau. Die Goldküste liefert heute $\frac{2}{3}$ des Weltverbrauchs an Kakao, obwohl vor dem Kriege noch kaum von dieser Frucht die Rede war; Manganerze werden in grossen Mengen ausgeführt, und der Goldbergbau blüht, von dem die Küste ursprünglich ihren Namen hat.

Dann muss man Lagos (Nigeria) sehen. Vor 44 Jahren lagen wir hier mit zwei grossen Woermann-Dampfern und drei grossen Dreimastvollschiffen auf der Reede und nahmen die Ladung auf, die durch Schleppdampfer über die Barre herangebracht wurde; der Handel von Lagos war damals in hohem Masse deutsch. Die Engländer haben jetzt die Barre durchbrochen; die Dampfer fahren unmittelbar bis an die Stadt, in der ein farbiger grossstädtischer Verkehr sich vollzieht, und liegen an einem Kai mit Schienenweg und Ladevorrichtungen modernster Art; aber wir waren dieses Mal das einzige deutsche Schiff; der deutsche Handel ist zurückgegangen.

In Pointe Noire (Franz. Aequatorialafrika) erreicht die französische Bahn von Brazzaville, 500 km lang und mit 100 km Tunnel versehen, den Atlantischen Ozean, um die französische Kongomündung zu bilden; ein grosser Hafen soll gebaut werden, der aber, da jetzt von Deutschland keine Reparationen mehr zu haben sind, nicht gar so schnell fertig werden dürfte.

Weiter kann man beobachten, dass die Portugiesen ihre afrikanischen Häfen wesentlich besser ausgebaut haben als selbst denjenigen von Lissabon, nicht nur an der Westküste Lobitobai (Angola), den Endpunkt der grossen mittelafrikanischen Ueberlandbahn, zwar auf Reparationskosten, aber doch durch die deutsche Firma Grün & Bilfinger, sondern auch an der Ostküste Beira und Delageabai. Man sieht, dass die Portugiesen auf ihre Kolonien ausserordentlich viel Wert legen und nicht daran denken, sie aufzugeben. Die Angola-Deutschen haben den Wunsch, dass die unglücklichen Erörterungen, wir würden die portugiesischen Kolonien in dieser oder jener Weise baldigst einstecken, unterbleiben; denn das sind zwecklose Redensarten, aus denen unseren Landsleuten in den portugiesischen Gebieten grosse Unannehmlichkeiten erwachsen.

Den Hauptnutzen von allen diesen europäischen Bemühungen um den schwarzen Erdteil ziehen aber die Japaner. Wir hatten solche seit Free-town an Bord; in jedem Hafen kamen ein paar dazu, oder es gingen einige in das Innere ab. In Pointe Noire machte ich Aufnahmen von ihnen, wie sie in jeden Laden gingen, um ihre Waren anzubieten; das war ihnen unangenehm,

und daher luden sie mich freundlichst aber vergeblich ein, lieber mit ihnen in ihrem Kraftwagen herumzुकutschieren. Das Ergebnis ist: Ueberall im tiefsten Innern des schwarzen Erdteils sind die Waren zu weit über 90% aus Japan; der japanische Handel reißt alles an sich. Den Indern selber in Südafrika war das keineswegs angenehm, denn die japanische Ware kostet nur 40% der früher vertriebenen europäischen, und der Verkaufsgewinn daran ist entsprechend geringer und damit zu klein geworden.

Südwestafrika

Ich komme jetzt zu dem letzten von mir besuchten Hafen an der Westküste: Walfischbai. Auch dieser ist gut ausgebaut; die Dampfer liegen unvollkommen ausgeschaltet.

Als wir ankamen, herrschte noch die gewaltige Regenzeit von aussergewöhnlicher Natur, nachdem vier fast vollständig trockene Jahre über das Land hingegangen waren, die der Viehzucht ungeheuren Schaden zugefügt hatten. Infolgedessen waren die Südwester doch zufrieden damit, weil ein weiteres trockenes Jahr ganz Südwestafrika vernichtet haben würde, und obwohl die Unwetter im einzelnen sehr grosse Schäden angerichtet hatten, besonders bei den Deutschen, da diese, anders als die Buren, intensive Wirtschaft treiben und zerstörbare Anlagen anlegen.

Die Eisenbahnbrücke war weggerissen; man musste den zurzeit seichten Fluss durchwaten und sah beim Eintritt in die Stadt, wie er die ihm nahe gelegenen Häuser zerstört oder im Schlamm begraben hatte. Den deutschen Siedlungen, die aufwärts am Swakop liegen, ist grosser Schaden zugefügt; in Nonidas, in Birkenfelde, Goanikondes und Osona ist der Ackerboden in weitem Umfange vollständig weggerissen worden, die Pumpwerke und Bewässerungsanlagen der deutschen Ackerwirte sind zerstört. Der Fluss hat den Ackerboden, der den Deutschen entführt wurde, hinuntergespült und vor Swakopmund im Ozean ausgebreitet. Die Landungsbrücke liegt jetzt vollständig auf festem Land, und noch 100 m darüber hinaus ist fester Boden; damit ist eine gute Einnahmequelle der Stadt, die durch die Abwanderung des Handelsverkehrs nach Walfischbai schwer leidet, nämlich der Seebadestrand, vernichtet worden.

In all dem Unglück war eins zu bewundern: der feste Wille der Geschädigten, nicht zu weichen, sondern den Kampf um das deutsche Land wieder aufzunehmen und fortzuführen.

Auch viele Wasserhaltungsdämme der Farmen sind weggerissen worden. Gerade als wir mit dem Dampfer ankamen, traf die Nachricht ein, dass auch der Damm von Albert Voigts auf Voigtsgrund, der mit seiner Wasserhaltung von 9 Millionen cbm als ein Wunder der Technik in Südwestafrika galt, dem Unwetter zum Opfer gefallen sei; aber am Morgen nach dem Unglück habe der Besitzer erklärt: "Den Damm baue ich grösser und stärker wieder auf, als er gewesen ist". Das wirkte bei all dem Unglück erhebend und zeigte von neuem den Geist, der in unseren Südwester Landsleuten steckt.

Die Einnahmequelle aus der Viehwirtschaft, die früher das einzige Haupttrückgrat des Landes bildete, ist durch die Trockenjahre nachhaltig geschädigt und fast zur Hälfte vernichtet. Ausserdem ist die Absatzmöglichkeit der Erzeugnisse der Landwirtschaft im Lande stark in Frage gestellt, da die Kupferminen von Otavi vollständig still gelegt sind und die Diamantförderung ganz aufgehört hat. Dagegen ist jetzt, und wird es auch

in Zukunft bleiben, die Zucht des Karakulschafes, von dem der Persianer-
Pelz stammt, ein wachsender Rückhalt für die Wirtschaft von Südwest; sie
ist durch den damaligen Gouverneur v. Lindequist unter Mitwirkung von
Albert Voigts eingeführt worden, und sie hat durch die Trockenheit nicht
gelitten, weil dieses Tier, aus trockener Heimat stammend, sie gut ver-
trägt. Im vorigen Jahre (1933) betrug der Wert der Erzeugung von Persia-
ner-Fellchen 300 000 Pfund, und man nahm an, dass er in diesem Jahre auf
400 000 Pfund kommen werde. Die Karakulwirtschaft, die hauptsächlich von
Deutschen betrieben wird, steht vor einer Gefahr, da die Buren danach
streben, durch Eintritt in den amtlich anerkannten Karakulzuchtverein
die Mehrheit zu gewinnen, um dann zu erreichen, dass der Verkauf der Er-
zeugung durch die Mandatsregierung in Regie genommen werde; ausserdem
aber wollen sie dann die Öffnung der Grenzen für die Ausfuhr von Zucht-
tieren nach der Union, die bis jetzt verboten ist, erreichen. Auch das
wünschen die Deutschen nicht, obwohl die Züchter dadurch sehr viel ver-
dienen könnten; aber sie wissen, dass der durch die deutsche Sorgfalt
erworbene Ruf des südwestafrikanischen Persianer-Felles dadurch in Frage
gestellt werden würde, weil die Buren von sich aus gar nicht die Fähig-
keit haben, so ausserordentlich sorgfältig und genau zu arbeiten, wie es
notwendig ist. Beruhigend mag es wirken, dass der Minister für Landwirt-
schaft Hofmeyer mir in Kapstadt sagte, die Versuche von Karakulhaltung
in der Karru seien vorläufig misslungen. Wenn der Regieverkauf erreicht
werden würde, dann entsteht auch die Gefahr, dass unter dem Einfluss der
in Südafrika allmächtigen Juden der gesamte Handel in Karakul nach London
verlegt wird zum Nachteil von Leipzig, das heute noch darin führend ist,
obwohl die Devisenschwierigkeiten, die natürlich auch bestanden, durch
neuerliche Verhandlungen überwunden sind.

Die Beschränkung der binnenländischen Absatzmöglichkeit für die Süd-
wester Landwirtschaft infolge des Wegfalles der Diamanten- und Kupfer-
industrie kann einen Ausgleich erfahren durch das Aufkommen eines Gold-
bergbaues südlich von Rehoboth, in dem Anfang dieses Jahres bereits 800
farbige Arbeiter tätig waren. Die Meinungen über den Wert dieses Goldvor-
kommens waren geteilt. Ein Besuch der Schürfarbeiten war nicht gestattet.
Sicher aber ist es, dass starke südafrikanische Finanzkreise und auch
die Johannesburger Goldindustrie Geldmittel hineingesteckt haben. Ein
Kapstädter deutscher Chemiker, der sowohl im Auftrag wie für eigene Rech-
nung Hunderte von Golduntersuchungen gemacht und selbst an Ort und Stelle
sich aufgehalten hatte, gab erstaunliche Höhen des Goldgehaltes bei gros-
ser Ausdehnung der Lager an und war der Ueberzeugung, dass hier eine ganz
grosse Entwicklung einsetzen werde; andere Leute hegten Zweifel daran.
Die Mandatsregierung jedoch scheint mit günstigen Verhältnissen zu rech-
nen, denn der Mandatsverwalter hat die Hoffnung ausgesprochen, dass durch
das Aufkommen aus dem künftigen Goldabbau die schwer leidend gewordenen
Finanzen des Schutzgebietes wieder in das Gleichgewicht würden gebracht
werden können.

3. Deutsch-Ostafrika

Dann landete ich seit 43 Jahren zum fünften Male in Deutschost; ich
habe also dessen wirtschaftliche Entwicklung im Laufe von mehr als vier
Jahrzehnten mit eigenen Augen verfolgen können. Bei meiner ersten Ankunft
am 7. März 1892 standen zwar einige europäisch gebaute Häuser am Strande
von Daressalam, aber zu ihnen führten nur Negerpfade. Die subventionier-
ten Postdampfer kamen manchmal gar nicht erst in den Hafen, sondern sand-
ten von der Reede ein Dampfboot mit der Post an Land, weil sie weder
Ladung brachten noch bekamen. Am Lagerfeuer, während der vielen Kriegszüge

Unterwerfung des Landes in dieser Zeit, sagte mir der damalige Kommandantführer Tom Prince: "Wissen Sie, Arning, diese Kolonie ist grossartig, aber nur für eine Schutztruppe". 1904, knapp 12 Jahre später, traf ich den nunmehrigen Hauptmann a.D. Tom von Prince als Grossgrundbesitzer in Usambara. von dem Wunsche erfüllt, ein Majorat für den kolonialen Dauerbestand seiner Familie zu errichten. Wieder 10 Jahre später, 1914, bei Beginn des Krieges, überall blühendes Leben und Treiben und feste Zuversicht auf eine grosse Zukunft des Landes! Man verdiente gut, ging aber nicht nach Haus, um von seinem Geld zu leben, sondern legte es im Lande wieder an. Selbst - und dies ist kennzeichnend - einen Mann wie den alten Otto Weber traf ich mit seinen 60 Jahren damals, nachdem er an der Küste günstig verkauft hatte, mit seiner vortrefflichen Frau am Kilimandschare, um das erworbene Geld erneut dem Boden von Deutsch-Ostafrika anzuvertrauen.

Der Krieg hat dann alles verschlungen; aber das, was wir heute in staunenswerter Fülle wieder vorfinden, das ist herausgewachsen aus den Grundlagen, die von uns vor dem Kriege gelegt sind, und aus den Leistungen der deutschen Pflanzler und Siedler, die seit 1925 wieder in das Land kommen konnten. Der grosse deutsche Anteil an der Blüte Ostafrikas wird auch von dem Engländer nicht in Frage gestellt.

Bevor die Einwanderung der Deutschen in die Kolonie, 1925, nach unserem Eintritt in den Völkerbund, wieder zugelassen war, hatten die Engländer auf Grund der ungeheuerlichen Bestimmungen des Versailler Diktats den deutschen Besitz unter den Hammer gebracht, wobei er zu geringen Preisen an die Meistbietenden ging. Wenn man heute aber den Syrer Tamé, früher Beamter des deutschen Gouvernements, und jetzt seit einem Jahre als Deutscher eingebürgert, beschuldigt, dass er mit seinen Pflanzungsankäufen ein Unrecht begangen habe, so ist das unberechtigt; hätte er nicht gekauft, so hätte es ein anderer, und wahrscheinlich zu viel geringeren Preisen, getan. Tamé aber hat sich von jeher als Deutscher gefühlt und hat nur deutsche Angestellte gehabt, zurzeit ihrer 30 an Zahl, sodass mit deren Angehörigen wohl 50 Deutsche bei ihm ihr Brot finden.

Das ändert aber nichts daran, dass die Deutschen nach ihrer endlichen Zulassung zu einer Zeit an den Wiedererwerb der deutschen Pflanzungen gingen, als die vielfach durch Raubbau bereits geschädigten Anlagen sehr hoch bezahlt werden mussten. Der Sisalpreis hatte 1924 schon 51 Pfund die Tonne gestanden, und als die Deutschen kauften, war er 40 Pfund; in der Zwischenzeit aber bis heute ist er auf 12 Pfund heruntergegangen, und augenblicklich beträgt er $14 \frac{1}{2}$ Pfund. Infolgedessen sind diejenigen besonders übel daran, die für den derzeitigen Erwerb fremdes Geld aufnehmen mussten und dafür nun hohe Zinsen zu zahlen haben. Sie konnten damals trotz aller Versuche mit dem besten Willen oft kein deutsches Geld bekommen, sondern haben englische Banken in Anspruch nehmen müssen, die ihnen nun neuerdings Schwierigkeiten machen, da ein englischer Konzern auftritt, der deutsche Pflanzungen mit einer Jahreserzeugung von 15 000 t aufkaufen will, um zusammen mit den englischen Pflanzungserzeugnissen den ganzen Sisalhandel in die Hand zu bekommen und nach London zu verlegen, sodass wir später unseren ganzen Bedarf von dem dortigen Markte beziehen müssten.

Der Marktwert der Sisalerzeugung des letzten Jahres von 70 000 t - nebenbei die doppelte Menge des deutschen Bedarfs - ist heute bei einem Preise von $14 \frac{1}{2}$ Pfund gleich rd. 1.000.000 Pfund im Jahr. Nächste ihm spielt der Kaffee eine Rolle, dessen Menge 1933 rd. 13 000 t im Werte von 430.000 Pfund betrug. Auch hier haben sich für die Deutschen bei dem Wiedererwerb von Pflanzungen ähnliche Verhältnisse, wenn auch

nicht in gleich grossem Umfange, wie beim Sisal ergeben; denn gerade um die Zeit unseres Wiederauftretens 1925 hatte der ostafrikanische Kaffee einen Höchstpreis von 165 Pfund die Tonne erreicht, und wer damals kaufte, musste entsprechend bezahlen, aber sah sich später einem Preise von 72 Pfund gegenüber. In diesem Augenblick steht der Kilimandscharo-Kaffee 82 Pfund auf dem Londoner Markt; das ist immer noch verhältnismässig viel Geld gegenüber dem allgemeinen Durchschnittspreis des Kaffees.

Der Kilimandscharo bringt aber nicht das beste ostafrikanische Erzeugnis; denn der Kaffee von der nicht sehr grossen Anzahl noch vorhandener Pflanzungen in Usambara wird besser bezahlt, und das Erzeugnis des neu erschlossenen Bosi-Gebietes erzielte noch vor kurzem 113 Pfund für die Tonne.

Neuerdings sind - und jetzt natürlich unter besseren Bedingungen - am Kilimandscharo manche Pflanzungen in deutsche Hand übergegangen, sodass heute insgesamt wohl mehr als die Hälfte der dortigen Anlagen deutsch sind, und zwar als Pflanzungen und auch als Siedlungen, welche Anlageformen schwer voneinander zu trennen sind, da sie ineinander übergehen; in den Bezirken Moshi und Arusha dürfte die Form der Pflanzung überwiegen.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit feststellen, dass insgesamt rd. 2 700 Deutsche, darunter etwa 800 Frauen mit 350 Kindern, in Deutsch-Ost sind, und damit die Zahl der nichtbeamteten Engländer erreichen oder gar übertreffen. Die Zahl der einzelnen deutschen Besitzungen ist mit 502 etwas grösser als die der englischen, indes der Gesamtumfang des englischen Grundbesitzes mit rd. 700 000 acres den deutschen um mehr als ein Drittel übertrifft.

In Oldeani, westlich vom Kilimandscharo, und in der südlichen Iringa-Provinz kann man durchweg von Siedlung, und zwar von deutscher Siedlung, sprechen, wenn auch keineswegs von Kleinsiedlung, sondern besser von mittlerer "Kultivations"-Siedlung. In erstgenanntem Gebiete hat sich eine rein deutsche Siedlung von 66 Anbauern gebildet, die trotz ihres jugendlichen Daseins dieses Jahr auf 160 t Kaffee, bei recht guten Preisen, glaubte rechnen zu können, wegen grosser Trockenheit aber etwas geringere Mengen erzielt hat.

Auch in der Provinz Iringa hat eine ansehnliche deutsche Siedlung Fuss gefasst; in den Landschaften von Dabaga, Mufindi und Lupembe finden sich heute mehr als 150 solcher Anlagen, auf denen neben Viehzucht und europäischer Landwirtschaft durchweg auch Kaffeebau versucht worden ist; es hat sich aber gezeigt, dass hier wegen der klimatischen Verhältnisse dieser auf Schwierigkeiten stösst, zumal die Siedler für diese überaus schwierige tropische Kultur keineswegs vorbereitet waren. Ein Gutachter, der auf Anregung von unserem Konsul in Nairobi und mir nach unserem Besuch im Juli dieses Jahres hinaufgesandt wurde, hat soeben berichtet, dass nach seiner Meinung 2/3 der Kaffeeanlagen sich zu einem guten Ertrag entwickeln können, zumal das erzielte Erzeugnis als besonders hochwertig bezeichnet werden dürfe. Allerdings haben diese Siedler mit ihren zunächst vergeblichen Anbauversuchen 3 Jahre verloren, die man ihnen gut rechnen müsste, da sie in ein Land entsandt wurden, das noch niemand erprobt hatte. Das weit im Süden liegende Gebiet von Bosi dagegen stellt sich als ein Kaffeeland von ganz besonders guter Eignung dar, das beste, das es in Deutschost gibt; in einer Höhe von 14 bis 1600 m gedeiht die Pflanzung hier, dass es eine Freude ist, und erzielt die besten Preise. Auch hier ist die Siedlung überwiegend deutsch und kann mit einer recht

günstigen Zukunft rechnen.

Nun fragt es sich: Was haben die Siedler, die hier keinen Kaffee bauen können, für Aussichten? Da gibt es zweierlei günstige Voraussetzungen: Der Teeanbau ist aufgenommen worden und gedeiht vorzüglich; eine Teefabrik sorgt für die Aufbereitung, und ihr Erzeugnis erzielt gute Preise. Der einzelne Teebauer würde, wie der Leiter der Fabrik darlegte, damit rechnen können, am Pfund trockenen schwarzen Tees etwa 50 - 60 sh cent netto überzubehalten und von dem englischen acre bei vollem Ertrage mit mindestens 400 Pfund rechnen können; das wäre auf den acre mehr als 200 sh Ergebnis. Nun ist aber die Tea-Restriction, die sich auch auf Deutsch-Ost erstreckt, dazwischengekommen, als man gerade diese Erkenntnis über den Teeanbau gewonnen hatte; nur 20 Siedler, darunter 15 Deutsche, die mit dem Anbau bereits begonnen hatten, sind die Begünstigten und können bei je rd. 90 acres Anbauerlaubnis mit einer durch Tee gesicherten Zukunft rechnen.

Diese Siedlungen des Südbezirkes können ausnahmslos neben ihrer tropischen Erzeugung Vieh- und Acker-, sowie Gartenwirtschaft europäischer Art treiben. Die Uhehe Trading Co. Ltd., eine deutsche Gesellschaft in englischem Gewande, ist tätig, diese Erzeugung in genossenschaftlicher Form zusammenzufassen und zu verwerten, indem sie Mühle, Schlachtereifür Dauerware und Konservenfabrik errichtet. Für Absatz ist gesorgt. Schon heute gelangen die in Frage kommenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus dem fernen Kenya bis in diesen äussersten Süden; dieser Einfuhr werden die genossenschaftlich verbundenen deutschen Siedler ohne weiteres gewachsen sein. Sie werden dabei auf einen stetig wachsenden Markt rechnen können, der grosse Aussichten bietet, nämlich auf die Goldindustrie, die sich in dem über dem Rukwasee gelegenen Lupagebiete entwickelt.

Zurzeit wird das rote Metall hier als Schwemmgold gefunden, deswegen werden diese Golderzeuger "alluvial diggers" genannt. Diese Vorkommen werden seit 1922 in immer steigendem Masse ausgebeutet, und seit Beginn der Wirtschaftskrise Ende der 20 er Jahre ist der Zustrom ein rasch wachsender geworden. Zurzeit sind 850 Schürfgerechteste ausgegeben, 450 davon an Engländer und Buren, 175 an Deutsche, 87 an Griechen, der Rest an die gesamte Rassen- und Völkerkarte der Erde, die sich hier ein Stellchen gibt. Auch hier sind die Meinungen über die fernere Zukunft geteilt und über das, was daraus zu holen ist. Einige, die kein Glück oder auch keine Arbeitsdauer gehabt haben, schimpfen, es sei nichts los; die erfolgreichen Goldsucher schweigen, weil sie keinen Zulauf wünschen. Ich konnte im Lande selbst mich überzeugen, dass derjenige, der geschickt, arbeitsam und -- glücklich ist, auch verdienen kann. Ich sprach mit einem Deutschen, der mit 150 Farbigen arbeitete und dabei 18 Unzen Kosten im Monat und 150 Unzen Gold Ertrag zu haben erklärte; das ist ein Ueberschuss von 120 Unzen = 12.000.-- GM. In meiner Anwesenheit wurde ein Klumpen Gold in der Grösse meines Daumens ausgebuddelt; der Grossteil des Metalles aber wird in kleinsten Teilchen aus ganz primitiv gestampftem Material ausgewaschen, oder, jetzt, bei Wassermangel in der Trockenzeit, ausgepustet.

Wo Schwemmgold sich findet, müssen auch metallhaltige Gesteinsadern vorhanden sein; sie erstrecken sich, soweit bekannt, über ein Gelände von 9000 englischen Geviertmeilen = rd. 15 000 Geviertkilometer. Eine Anzahl von Gesellschaften, darunter auch eine deutsche, ist an der Arbeit, den bergwerksmässigen Abbau in die Wege zu leiten. In die Arbeits-

stätte der Eastafrican Goldmining Cy. habe ich einen Einblick tun können; sie hatte an mehreren Stellen das goldhaltige Riff durch Schächte, bis 150 englische Fuss tief, und durch Stollen angefahren und wird 400 000 Pfund in die Anlage stecken. Der deutsche Chemiker - die Chemiker sind fast überall deutsch - rechnete uns nach dem von ihm festgestellten Goldgehalt, bei 100 000 Pfund Anlagekapital, ein Jahresergebnis von 60 000 Unzen = 6 Millionen Goldshilling, also = 400 000 Pfund heutiger Währung vor.

Es geht übrigens hier nicht so wild zu, wie der amerikanische Schriftsteller Bret Harte es in seinen "Kalifornischen Geschichten" schildert. Der Revolver - heute müsste es Browning heissen - spielt am Lupa keine Rolle, mehr der Whisky Soda, dem sich die erfolgreichen alluvial diggers in Mbeya, der Eingangspforte zu dem Goldgebiet, manchmal tatkräftig hingeben; den Ort erreichen sie auf einer ausgezeichneten Autostrasse, die über die 2500 m hohen Mbeya-Berge führt mit Ausblicken, wie auch die kühnste europäische Alpenstrasse sie nicht bietet. Dort gibt es zwei Hotels, ein englisches und ein deutsches; das erstere beansprucht vornehmer zu sein und hatte daher einen Anschlag: "My guests are requested not to go asleep with the boots on"; der deutsche Hotelwirt mit dem Namen Meyer dagegen verkündete: "Meine Gäste können zu Bett gehen, wie sie wollen; denn sie sollen es gemütlich bei mir haben".

Sicher ist es, dass allediese Europäer, die hier nur mit der Hilfe farbiger Arbeiter etwas leisten können, ein gutes und grosses Absatzgebiet für die Ansiedler des Südbezirks bilden werden, das steigende Bedeutung gewinnt, je mehr der bergmännische Abbau in Erscheinung treten wird. Engländer, mit denen ich sprach, messen der Zukunft eine Bedeutung bei, die derjenigen am Witwaters Rande nicht nachstehen werde. Andere bestreiten dieses. Wer recht hat, das kann nur die Zukunft ergeben: Anfang der 80 er Jahre erklärte eine internationale geologische Untersuchungskommission den Goldbergbau am Rand für aussichtslos - aber 1885 setzte die grosse Goldgewinnung ein und dauert bis heute, also schon ein halbes Jahrhundert lang.

Am 18. November haben wir in Hannover eine Gedenkfeier für Dr. Carl Peters in Erinnerung an den 50. Jahrestag der Erwerbung Ostafrikas begangen. Die Stadt Hannover wird ihm ein Denkmal setzen und ein Peters-Archiv errichten. Der Begründer Deutsch-Ostafrikas war der Ansicht, ein Land erworben zu haben, aus dem ein "zweites Indien" erstehen könne. Keiner wollte es ihm glauben. Wer heute unsere alte Kolonie sieht mit all den erst jetzt sich erschliessenden unbegrenzten Möglichkeiten, wird anders denken als die Zweifler.

Zwar die wirtschaftliche Lage ist zurzeit schlecht, die flächenhafte Entfaltung des Landes aber ist eine bewundernswerte; wo man es anfasst, gibt es etwas her. Wenn der Augenblick des beginnenden allgemeinen wirtschaftlichen Aufstiegs eintritt, wird Deutsch-Ostafrika das Erstaunen der Welt hervorrufen und eine gewaltige Bedeutung für die Weltwirtschaft gewinnen.

Hier wie in Südwest werden die Goldfunde mit ihrer Industrie für die einzelnen Siedler - zumeist Deutsche - die Rettung oder doch die Sicherung ihres Daseins bedeuten. Vom allgemein politischen Standpunkt aber sind sie eine Gefahr; denn mit klammernden Organen wird England an Goldquellen von weltwirtschaftlichem Werte festhalten. Für uns aber ist gerade auch diese Tatsache ein weiterer Grund, unsererseits daran festzuhalten und unerschütterlich dahin zu arbeiten, dass diese mit deutschem Blut erworbene, uns widerrechtlich genommenen Länder deutsch sind, deutsch bleiben und

deutsches Eigentum werden müssen. Das wird nicht von heute auf
geschehen können, sondern die Entwicklung der grossen Politik muss
genblick bestimmen, da wir zugreifen können, und wir sind der Ueber-
g, dass unser Führer diesen Augenblick abwartet und ihn nicht vorübe-
lassen wird.

wieder deutsches Eigentum werden müssen. Das wird nicht von heute auf morgen geschehen können, sondern die Entwicklung der grossen Politik muss den Augenblick bestimmen, da wir zugreifen können, und wir sind der Ueberzeugung, dass unser Führer diesen Augenblick abwartet und ihn nicht vorübergehen lassen wird.

SCHULUNGSBRIEFE

des Reichskolonialbundes

herausgegeben von der Deutschen Kolonialgesellschaft

Manuskript vervielfältigt.- Abdruck nicht gestattet.- Preis 30 Pfg.

Berlin W 35, Am Karlsbad 10
den 15. Februar 1935

Der vorliegende Schulungsbrief dient der Praxis der kolonialen Propaganda und Schulung. Seine Beiträge

I. Die Praxis des Kolonialredners

II. Leitgedanken zur kolonialen Propaganda

enthalten Ratschläge für den Gauredner des NS-Vortragsdienstes, den Propagandawart und den Abteilungsleiter, deren Kenntnis und Anwendung nicht minder wichtig sind als die koloniale Wissensbildung. Sie beruhen auf den Erfahrungen unserer Vortrags- und Propaganda-Arbeit während der letzten Jahre, die nach den aus der Schule der nationalsozialistischen Bewegung gewonnenen Grundsätzen neu aufgebaut wurde.

Duems

B e r i c h t i g u n g

zu Schulungsbrief Nr. 2: "Die deutschen Kolonien in Zahlen"

In Schulungsbrief Nr. 2 sind uns einige Schreibfehler unterlaufen. Seite 7, Handelsstatistik für Kamerun (Französisches Mandat), muss es heißen: Im Jahre 1932 Einfuhr 12,2 Mill. Demgemäss ist die Zahl für den Gesamthandel umzuändern in 26,3 Mill. Seite 11, Zeile 3, ist in der Handelsstatistik Südwestafrikas eine Zeile ausgefallen. Es muss heißen: "Deutschland nahm Karakulfelle (178.581 £) und Wolle (21.566 £) ab, England gleichfalls einen Teil der Karakulfelle, sowie die gesamte Ausfuhr an Diamanten und Zinnerz".

S C H U L U N G S B R I E F E

des Reichskolonialbundes

herausgegeben von der Deutschen Kolonialgesellschaft

Manuskript vervielfältigt.- Abdruck nicht gestattet.- Preis 30 Pfg.

Berlin W 35, Am Karlsbad 10
den 15. März 1935

Der vorliegende Schulungsbrief steht nicht wie die früheren Briefe unter einem einzigen Leitgedanken. Er enthält zwei Beiträge ganz verschiedener Art.

Der erste:

Koloniale Erklärungen des Führers und seiner Mitarbeiter

stellt das für unsere Propaganda und Schulung grundlegende Material über die Einstellung des Nationalsozialismus zur kolonialen Idee zusammen.

Der zweite:

Aufbau und Gliederung der deutschen Kolonialbewegung

gibt erstmalig eine Uebersicht über den gegenwärtigen Aufbau unserer Organisation und ihre Arbeitsteilung unter besonderer Berücksichtigung der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Duems

Koloniale Erklärungen des Führers
und seiner Mitarbeiter

er Führer:

1. Programm der NSDAP (24. Februar 1920)

Punkt 3): "Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses".

2. Unterredung mit dem Vertreter des "Sunday Express"
11. Februar 1933

"Was unsere überseeischen Kolonien betrifft, so haben wir koloniale Bestrebungen keineswegs aufgegeben. Auch dieses Problem muss gerecht gelöst werden. Es gibt eine grosse Menge Dinge, die Deutschland aus den Kolonien beziehen muss, und wir brauchen Kolonien genau so nötig wie irgendeine andere Macht".

3. Unterredung mit dem Sonderkorrespondenten der "Daily Mail",
Ward Price, 18. Oktober 1933

Frage: Der Ausdruck "Volk ohne Raum" hat gewisse Unsicherheit erregt. Auf welchem Wege erblickt der Herr Reichskanzler eine Möglichkeit für die räumliche Ausdehnung Deutschlands?

Bildet die Wiedererlangung von früheren deutschen Kolonien eines der Ziele der Regierung? Wenn ja, welche Kolonien kommen in Frage, und würde ein Mandatssystem Deutschland genügen, oder würde Deutschland volle Souveränität verlangen?

Antwort: Deutschland hat zu viele Menschen auf seiner Bodenfläche. Es liegt im Interesse der Welt, einer grossen Nation die erforderlichen Lebensmöglichkeiten nicht vorzuenthalten. Die Frage der Zuteilung kolonialer Gebiete, ganz gleich wo, wird aber niemals für uns die Frage eines Krieges sein.

Wir sind der Ueberzeugung, dass wir genau so fähig sind, eine Kolonie zu verwalten und zu organisieren wie andere Völker. Allein wir sehen in all diesen Fragen überhaupt keine Probleme, die den Frieden der Welt irgendwie berühren, da sie nur auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen sind.

und wir brauchen Kolonien genau so nötig wie irgendeine andere Macht".

Ansprache auf der Tagung der Auslandsorganisation der NSDAP
am 9. September in Nürnberg

Anhand einiger Zahlenbeispiele erläuterte der Stellvertreter des Führers die Bedeutung, die eigener Kolonialbesitz in Rohstoffwirtschaftlicher Beziehung für Deutschland haben könnte. Trotz der Erkenntnis der Bedeutung für Deutschland haben Roh- und Absatzgebiete für Deutschland keine Bedeutung für Deutschland, ob Deutschland seine ehemaligen Kolonien zurückfordere, nur das sagen, was er einem Engländer antwortete, der kürzlich diese Frage selbst stellte und dabei betonte, dass heute bereits führende Engländer für eine Rückgabe eintreten. Er habe ihm etwa folgendes erklärt: Es ist selbstverständlich, dass man es in Deutschland wärmstens begrüsst, wenn massgebende Stellen des Auslandes die Rückgabe unserer Kolonien befürworten. Wir haben aber keinen Anlass, aktive Schritte in dieser Frage zu unternehmen und damit der uns feindlichen Presse draussen Gelegenheit zu geben, durch die dann angeblich von uns betriebene Aufrollung der Kolonialfrage die Oeffentlichkeit im Ausland von neuem gegen uns aufzuhetzen. Das aktive Handeln möge von der Seite ausgehen, welche die Kolonien zu vergeben hat.

Auch der Führer habe vor kurzem in einem Interview die Ansicht vertreten, dass unsere Kolonien für England z.B. ein Luxus sind. Damit wollte er aber, so erklärte Rudolf Hess, durchaus nicht zum Ausdruck bringen - wie der Berichterstatter anscheinend fälschlich verstand -, dass sie etwa auch für Deutschland ein Luxus seien. Der Führer wisse, dass Kolonien wie die einstigen deutschen Kolonien für uns keinen Luxus darstellen, besonders nicht, da wir auf die Einfuhr von Rohstoffen gegen Devisen angewiesen sind und an Devisen Mangel leiden.

Es stehe zu hoffen, dass die Verantwortlichen der Nationen, die ein Uebermass von Kolonialgebieten besitzen und deren Völker aus eigenstem Interesse an einer friedlichen Wirtschaftsentwicklung der Welt interessiert sind, diese Entwicklung dadurch fördern, dass sie Deutschland die Möglichkeit geben, mit Hilfe der Rohstoffkolonien zur Gesundung seiner eigenen Wirtschaft beizutragen.

Ministerpräsident General Göring:

Eröffnung der Kolonialausstellung Frankfurt a.M. 1932

Unser Ziel muss sein: Ein neues Deutschland, wieder gross in seiner Ehre, in seiner Freiheit, in seiner Arbeit. Die Kolonien werden ein eherner Bestandteil dieses Zweckes sein.

Reichsstatthalter Ritter von Epp:

1. Kundgebung der kolonialen Verbände, Berlin, Oktober 1932

Der deutschen Jugend fehlt der Raum, zu leben und zu schaffen. Kolonien könnten Hunderttausenden neuen Wohn- und Arbeitsraum geben und Hunderttausende in der Heimat könnten leben durch sie.

2. Kundgebung des Reichskolonialbundes in der Nordostseehalle
in Kiel, 16. Juni 1934

Koloniale Betätigung ist nicht ein politischer Irrgang, ist nicht ein überhebliches Raubrittertum, sondern eine Grössenerscheinung der Völker. Koloniales Wollen ist keine Laune und kein Luxus, sondern zwingende Notwendigkeit.

3. Kundgebung des NS-Lehrerbundes, Sportpalast, Berlin,
18. Juni 1934

Wir werden die Kolonien wieder bekommen, wenn wir sie wieder bekommen wollen. Wir werden sie nie wieder bekommen, wenn nicht das deutsche Volk den Willen dazu äussert. Erst wenn eine fremde Regierung unter Druck steht, kann sie es vor ihrem eigenen Volk verantworten, die Mandatsgebiete wieder herauszugeben. Kein Mensch wird uns die Kolonien auf einem Präsentierteller wiedergeben und eingestehen, dass sie uns durch einen ungeheuren Betrug weggenommen worden sind, wenn das gesamte deutsche Volk es nicht verlangt. Darüber hinaus gibt es keine Kolonialfrage, über die man debattieren könnte. Die wirkliche Kolonialfrage ist die Frage des Schicksals an ein Volk, ob es seinen Raum behaupten und erhalten will. Ein Volk gibt die Antwort, die seiner Natur entspricht. Ueber ein Volk, das verzichtet, hat das Schicksal längst gesprochen.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht:

Auszug aus der Rede auf der Kundgebung der Kommission für
Wirtschaftspolitik der NSDAP im Rahmen der Leipziger Messe,
4. März 1935

Die Lage unserer Ausfuhr ist gewiss schlecht. Aber sie ist nicht wesentlich schlechter als in den übrigen Ländern auch. Zwar ist der deutsche Anteil am Welthandel in den letzten beiden Jahren leicht zurückgegangen. Das erklärt sich aber zu einem erheblichen Teil daraus, dass bei den grossen Kolonialmächten, insbesondere bei Grossbritannien und Frankreich, der Handel zwischen Mutterland und Kolonien bzw. Dominions sich relativ gut gehalten hat, was daher kommt, dass es innerhalb dieser geschlossenen Währungs- und Wirtschaftsgebiete ein Transferproblem nicht gibt, und dass der Austausch von Rohstoffen und Fertigfabrikaten innerhalb dieser Gebiete ein vollständigerer ist als bei Deutschland.

Dabei zeigt sich immer klarer, dass

für einen Industriestaat der Besitz kolonialer Rohstoffgebiete als Ergänzung seiner heimischen Wirtschaft unerlässlich ist.

Auch das frühere Deutschland hat mit seinen Kolonien niemals imperialistische, sondern immer nur wirtschaftliche

Ziele verfolgt. Die deutschen Kolonien waren keine militärischen Stützpunkte, keine Rekrutierungsgebiete für die heimatliche Armee. Als erstes und einziges Land hat Deutschland bei Kriegsbeginn vorgeschlagen, die Kolonien nicht in das Kampfgebiet hineinzuziehen. In den rund zwanzig Jahren seines kolonialen Besitzes hat Deutschland seine Kolonien wirtschaftlich und kulturell besser entwickelt als andere Länder die ihren in Jahrhunderten. Als ich im Jahre 1926 in meinem Vortrage "Neue Kolonialpolitik" vom rein wirtschaftlichen und währungspolitischen Standpunkte aus die kolonialpolitische Forderung Deutschlands erhob, hat man mich, wie so oft, im Auslande nicht gehört.

Heute liegt es klar zutage, dass, wenn Deutschland seine Kolonien hätte, das Transferproblem Deutschlands unendlich viel leichter sein würde, weil es einen erheblichen Teil seiner Rohstoffe, die es heute in ausländischer Valuta bezahlen muss, im Rahmen seines eigenen Währungsbereichs erzeugen könnte.

Reichsjugendführer Baldur v. Schirach:

Auszug aus dem Buche "Die Hitler-Jugend - Idee und Gestalt"
1934

Das Kolonialreferat (der Reichsjugendführung) hält in den der Reichsjugendführung unterstehenden Organisationen die Erinnerung an die kulturellen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und militärischen Leistungen in dem ehemaligen deutschen Kolonialgebiet wach. Darüber hinaus soll die deutsche Jugend über die Bedeutung von Kolonialbesitz für die Versorgung der heimischen Wirtschaft mit Kolonialprodukten und Rohstoffen ins Bild gesetzt werden. Es wird bei dieser Schulung darauf Bedacht genommen, dass die Grundlinie der deutschen Bevölkerungspolitik, die auf die Auswertung des Ostraumes hinzielt, nicht verletzt wird. Bei der geschichtlichen Schulung wird ganz besonders die koloniale Schuldflucht und die dadurch beabsichtigte Entehrung des deutschen Volkes - auch vor den farbigen Nationen - hervorgehoben und darauf hingewiesen, dass eine Gleichberechtigung des deutschen Volkes erst dann erreicht ist, wenn auch diese Teile des Versailler Schanddiktates wieder gutgemacht sind.

Kultusminister Hans Schemm †
Führer des NS-Lehrerbundes:

Kundgebung des NS-Lehrerbundes, Sportpalast, Berlin,
18. Juni 1934

Nie bekommen wir Kolonien, wenn wir nicht im Herzen die Idee von der Notwendigkeit der Kolonien besitzen. Da das deutsche Volk niemals bereit ist, sein Leben aufzugeben, wird es auch niemals auf seine Kolonien verzichten. Wir deutschen Erzieher werden nicht ruhen und rasten, bis der Wille zur Kolonisation so stark ist, dass das Ausland die Forderung nach der Rückgabe der deutschen Kolonien erfüllt.

Wirtschaftliche und geistige Raumnot

Die kolonialen Erklärungen des Führers und seiner Mitarbeiter kennzeichnen die Bedeutung des kolonialen Problems in seinen zwei wesentlichen Ursachen: der wirtschaftlichen und der geistigen Raumnot, und demgemäss die zwei wesentlichen Funktionen kolonialer Neugewinnungsraumes. Der Führer, sein Stellvertreter und Dr. Schacht weisen in erster Linie auf die wirtschaftlichen Aufgaben kolonialer Neugewinnungsraume hin, Reichsstatthalter Ritter v. Epp, Reichsjugendführer Schirach und Kultusminister Schemm betonen die nationalerzichnerische Bedeutung kolonialer Raum- und Blickweitung für die junge Generation.

Die Erklärungen ergänzen somit einander. Sie sollten für die Erziehung und Schulung in der Weise verwendet werden, dass die wirtschaftliche Begründung nicht ohne die geistige, diese nicht ohne die nationale herangezogen wird.

-----o-----

SCHULUNGSBRIEFE

des Reichskolonialbundes

herausgegeben von der Deutschen Kolonialgesellschaft

Als Manuskript vervielfältigt. -

Abdruck nicht gestattet.

Nr. 12

Berlin W 35, Am Karlsbad 10
den 15. September 1935

Der vorliegende Schulungsbrief steht unter dem Leitwort:

Kolonien als sittliche Forderung

Wir haben besonderen Anlass, neben der wirtschaftlichen Begründung unserer kolonialen Forderung, die wir in der letzten Zeit stark in den Vordergrund stellten, die national-ethischen Gründe für die Wiedereinsetzung in unsere kolonialen Besitzrechte zu unterstreichen. Der englische Aussonminister Sir Samuel Hoare hat in seiner Völkerbundsrede am 11.9. die Anregung gemacht, in eine Untersuchung über die Neuverteilung der Weltrohstoffe zugunsten derjenigen Länder einzutreten, die keine Kolonien besitzen. Er betonte hierbei, dass nach Ansicht der englischen Regierung dieses Problem mehr ein wirtschaftliches als politisches und territoriales sei. Demgegenüber müssen wir unseren Anspruch auf politische Wiedereinsetzung in unsere kolonialen Rechte betonen, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern vor allem auch aus Gründen der nationalen Ehre und der unbeschränkten kolonialen Gleichberechtigung.

Diese Seite des deutschen Kolonialproblems wird in den nachfolgenden Beiträgen dargestellt:

- | | |
|---|---------|
| 1. Ehre und Recht, die Grundpfeiler
unserer kolonialen Forderung | Seite 2 |
| 2. Deutschlands koloniale Sendung | " 7 |

Mitteilung über den Weiterbezug der Schulungsbriefe siehe S.11

Erich Duems:

Ehre und Recht,
die Grundpfeiler unserer kolonialen Forderung

Unmittelbar vor dem Weltkriege, als Deutschland mitten in seinem grossen kolonialen Aufbauwerk stand, das die bewundernden Blicke der ganzen Welt auf sich lenkte, erhoben sich zahlreiche Stimmen in England und den Vereinigten Staaten von Amerika, die die Grösse der Leistungen und die Untadelhaftigkeit unserer kolonialen Haltung rückhaltlos anerkannten. Bekannt ist das Wort des Amerikaners E.A. Forbes, der nach einem eingehenden Studium der Kolonisationsmethoden in allen afrikanischen Kolonialgebieten feststellte:

"Von allen Schutzherren in Afrika hat der Deutsche die reinsten Hände und die besten Absichten. Selbst seine erbittertsten Feinde würden kaum sagen können, dass er nicht fair handelte".

So stand der Schild der deutschen kolonialen Ehre rein und fleckenlos da, erhaben über die Anwürfe der fanatischen Gegner jeder deutschen Koloniarbeit und jeder auf rassistischen Werten beruhenden Leistung.

Als dann die Alliierten im Weltkriege den Völkerverhass gegen Deutschland aufpeitschten und sich als des wirksamsten machtpolitischen Kampfmittels der Lüge und Ehrabschneidung bedienten, ergoss sich die Schmutzflut auch über den bis dahin rein gebliebenen kolonialen Ehrenschild Deutschlands. Sie benutzten in ihrem Kampfe jene Verleumdungen und Niederträchtigkeiten, die marxistische Abgeordnete und ihre Trabanten im deutschen Reichstage gegen führende deutsche Kolonialpioniere und ihr Werk gerichtet hatten. So entstand schon während des Krieges die koloniale Schuldflut. Sie diente dem Rat der Zehn in Versailles als willkommenes Werkzeug in seinem Kampf gegen die Erfüllung des vom Präsidenten Wilson dem deutschen Volke gegebenen Versprechens eines "Friedens des Rechts und der Gerechtigkeit" ohne Annexionen und im besonderen einer "freien, weitherzigen und unbedingt unparteiischen Schlichtung aller kolonialen Ansprüche". Sie fand ihren Ausdruck in den Noten der Alliierten vom 16. Juli 1919, in denen Deutschland durch ein Ultimatum die Unterzeichnung des

Friedensvertrages abgepresst wurde. Wider besseres Wissen behaupteten die Alliierten, dass die Eingeborenen der deutschen Kolonien selbst starken Widerspruch gegen die deutsche Oberherrschaft erhöhen, dass wir die Kolonien als Ausgangspunkte für Raubzüge auf den Handel der Erde verwendet hätten, und dass Deutschland auf dem Gebiete der kolonialen Zivilisation versagt habe.

Wie war es möglich, dass das deutsche Volk diese gemeine Beschmutzung seines kolonialen Ehrenschildes hinnahm, ohne sich wie ein Mann dagegen zu erheben, und dass es diese ihm angetane Schmach geduldig durch mehr als 15 Nachkriegsjahre getragen hat? Gab es in dem Deutschland seit Versailles keine Ehrbegriffe mehr, und kein Ehrgefühl? Wohl hatte der einzelne seine persönliche Ehre und wachten die Stände und Klassen eifersüchtig über der Wahrung ihrer Standes- und Klassenehre; aber eine Volksehre gab es nicht, weil es kein Volk als eine alle Einzelpersonen zu einer höheren Einheit zusammenfassende Persönlichkeit gab.

Erst der Nationalsozialismus hat das in Klassen, Stände und Parteien und zahllose Einzelpersonen aufgelöste deutsche Volk wieder zu einer wahren Volksgemeinschaft zusammengeführt und damit den Begriff und den Inhalt einer deutschen Volksehre wiedergeschaffen und zur praktischen Geltung gebracht.

Mehr noch als das: die Ehre wurde wieder zu einer zentralen Idee im Leben des deutschen Volkes erhoben, wie sie schon vor Jahrtausenden die geistige und sittliche Haltung des nordischen Abendlandes bestimmt hatte. Diese beherrschende Stellung des Ehrbegriffs im Leben der neuerstandenen deutschen Nation umreißt Alfred Rosenberg in seinem "Mythus des 20. Jahrhunderts" mit den Worten:

"Es scheint mit Händen greifbar, dass nahezu alles, was den Charakter unserer Rasse, unsere Völker und Staaten erhalten hat, in erster Linie der Begriff der Ehre und die Idee der mit ihr untrennbar verbundenen aus dem Bewusstsein der inneren Freiheit stammenden Pflicht gewesen ist".

Wenn somit die Ehre sowohl die innere Haltung wie das politische Wollen des deutschen Volkes heute und in Zukunft entscheidend bestimmt, so leuchtet ein, dass es für das neue

Deutschland unerträglich ist, dass auf unserem Volke noch immer die koloniale Schuldlast als eine der schimpflichsten Verleumdungen und Besudelungen unseres Ehrenschildes lastet. Die verletzte deutsche Kolonialehre kann nur dadurch wieder hergestellt werden, dass das politische Unrecht, das man uns unter dem Vorwand der kolonialen Schuld angetan hat, durch Rückgabe der deutschen Kolonien wieder gutgemacht wird.

Der zweite Grundpfeiler der deutschen kolonialen Forderung ist unser Recht auf koloniales Land. Man kann nicht von einer Gleichberechtigung unter den Kulturnationen der Erde sprechen, solange einzelne Nationen über einen kolonialen Grossgrundbesitz verfügen, der ihre Bedürfnisse und ihre Leistungsfähigkeit weit aus übersteigt, während andere Nationen sich mit einem Kleinbesitz begnügen müssen, der ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht entspricht und wertvollste Kräfte dieser Nationen brach legt oder nicht zur vollen wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Entfaltung bringt. Eine Gleichberechtigung wird auch noch nicht dadurch hergestellt, dass man diesen benachteiligten Nationen wirtschaftliche Konzessionen zur Rohstoffversorgung und Absatzvermehrung in den Gebieten der kolonialen Grossmächte einräumt, sondern nur durch eine territoriale Neuordnung des Kolonialbesitzes, die auch den noch nicht mit Kolonien versehenen Nationen denjenigen Anteil am Kolonialland gewährt, der ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht. Schliesslich wird eine koloniale Gleichberechtigung auch dadurch nicht hergestellt, dass die kolonialen Grossmächte über eigenen Kolonialbesitz und Mandate verfügen, die bisher benachteiligten Nationen jedoch nur mit Mandaten ausgestattet werden. Das Mandatsprinzip, das darin besteht, dass eine übergeordnete Instanz die berechtigten Interessen der eingeborenen Bevölkerung gegenüber einer etwaigen, diese Interessen schädigenden Machtpolitik der Kolonialstaaten wahrt, ist nur unter zwei Voraussetzungen als ein gesundes Prinzip anzuerkennen: wenn erstens jene übergeordnete Instanz wirklich unabhängig und willens sowie fähig ist, die Interessen der eingeborenen Bevölkerung zu wahren; und zweitens dieses Prinzip der Ueberwachung auf alle Kolonialgebiete aller Kolonialmächte ausgedehnt wird, in denen eingeborene

Völker den Schutz einer unabhängigen Instanz benötigen oder anrufen. Da aber der Völkerbund in seiner gegenwärtigen Gestalt diese Unabhängigkeit und Fähigkeit durchgreifender Massnahmen auch gegen den Willen mächtiger Mitgliedsstaaten nicht besitzt, und solange nicht alle Kolonialmächte das Mandatsprinzip für alle ihre Kolonien anerkennen, muss Deutschland den Anspruch erheben, auch seinerseits auf die gleiche Rechtsstufe gestellt zu werden und eigene Kolonien zu besitzen.

Ueber diesen internationalen Rechtsgrundsatz hinaus hat Deutschland aber ein besonderes nationales Recht, wieder unbeschränkter Eigentümer seiner Kolonien zu werden. Die Verzichturkunde in Artikel 119 des Versailler Vertrages ist als rechtsungültig anzusehen, da sie uns unter dem Druck eines Ultimatums abgepresst wurde und die Gründe, die für die koloniale Enteignung Deutschlands herangeholt wurden, sich als in vollem Umfange falsch und erfunden erwiesen haben. Der Artikel 119 des Versailler Diktats steht in krassem Widerspruch zu dem 5. der 14 Punkte Wilsons, die die Grundlage für den Friedensvertrag darstellten. Die berechtigten Interessen der eingeborenen, die nach dem 5. Punkte bei einer freien, weitherzigen und unbedingt unparteiischen Schlichtung aller kolonialen Ansprüche zu berücksichtigen waren, verlangten nicht die Ausschliessung Deutschlands, sondern seine weitere Beteiligung am kolonialen Erziehungswerk, und die berechtigten Forderungen Deutschlands nach Rohstoffgebieten und Land für den Bevölkerungsüberschuss blieben gänzlich unberücksichtigt. So bleibt unsere Rechtsforderung die sinn-gemässe Anwendung des Punktes 5 der Wilson'schen Grundsätze.

Aber schliesslich haben wir noch in einem höheren Sinne einen rechtlichen Anspruch auf unsere Kolonien. Ueber allem formalen Recht steht das sittliche Recht. Wir haben die Kolonien nicht durch Gewalt erobert, sondern durch friedliche Verträge erworben. Wir haben in die Kolonialpolitik der modernen Kulturvölker ein neues bis dahin unbekanntes Prinzip hineingebracht, von dem wir hoffen durften, dass es in Zukunft die Kolonialpolitik der Völker beherrschen werde: das Prinzip der Nichtanwendung von Gewalt, das Prinzip der friedlichen Durchdringung. Es hat sich noch keine Allgemeingültigkeit verschaffen können. Schon während des Weltkrieges haben die alliierten in Geheimverträgen die machtpolitische Aufteilung der deutschen Kolonien unter

sich mit kriegerischen Mitteln vereinbart, und wir sehen dieses Machtprinzip auch heute wieder im Osten Afrikas wirksam.

Aber unser moralisches Recht beruht nicht allein auf den geschriebenen und von den Unterzeichnern bisher noch nicht beanstandeten kolonialen Kaufverträgen. Im höchsten Sinne erwirkt sich ein Volk ein Recht an den Gütern der Erde, indem es sie zur sozialen, sittlichen und geistigen Hebung seiner selbst und der Menschheit benützt. Ein Land wird in höherem Sinne Eigentum eines Volkes nicht durch ein Papier, sondern dadurch, dass dieses Volk durch seine Arbeit, durch seine Opfer innerlich Besitz von diesem Lande nimmt, dass es ihm den Stempel seines Wesens aufprägt und es durch seine Arbeit aus einem Stück Natur zum Träger und Ausdruck menschlicher Kultur macht. Durch die Verbindung von Blut und Boden entsteht eine unzerstörbare neue Einheit. Wenn diese Einheit auch künstlich zerrissen werden kann, so streben doch beide Teile immer wieder zueinander. Die deutschen Kolonien sind ein Stück des geistigen Besitztums unserer Nation, sind ein Stück deutscher Seele. Nur wer dieses seelische Verhältnis der deutschen Menschen zu ihrem Werk und Land über See begreift und fühlt, wird der gewaltigen und unbesiegbaren Kraft inne, mit der das deutsche Volk um die unbeschränkte Wiedergewinnung seiner Kolonien kämpft.

Ehre und Recht sind die Grundpfeiler unserer kolonialen Forderung. Selbst wenn uns die bittere Not nicht triebe, die uns genommenen Güter der Erde und Arbeitsquellen für die Heimat wieder zu erwerben, die Forderung bliebe bestehen, weil wir nicht minderere Ehre und minderen Rechtes sein wollen unter den Völkern.

Erich Duems:

Deutschlands koloniale Sendung

Das deutsche Volk ist zu allen Zeiten, in denen sein rassisches Wesen unverfälschten Ausdruck fand, ein Volk der Kolonisatoren gewesen. Denn es entspricht seiner angeborenen inneren Haltung, die Welt nach seinem Geiste zu formen und zu gestalten, nicht wie artfremde Völker neben ihm und artfremde Volksgruppen innerhalb seiner eigenen Gemeinschaft, sie nur zu nutzen oder zu geniessen. Indem sich der nordische Geist mit der seiner Art gemässen Natur verbindet, entsteht aus dieser Synthese von Blut und Boden die nordische Kultur als die zu allen Zeiten und in allen Gegenden der Erde jeweils höchste Blüte der menschlichen Aufwärtsentwicklung.

Die Geschichte der Germanisierung Europas und der neuentdeckten überseeischen Länder hat uns gelehrt, dass die aus der deutschen Kolonisation hervorgegangenen Wirtschafts- und Kulturbereiche jedoch nur solange Bestand haben, als der nordische Mensch dem Vordringen artfremder Kulturen standzuhalten vermag. In dem Augenblick beginnender Vermischung mit fremdem Blute durchsetzt fremdes Wesen den bis dahin kräftigen Kern, und der Zusammenbruch der deutschen Kolonisation ist unaufhaltsam.

Auch die Geschichte der letzten deutschen Kolonisation vor dem Kriege beweist die Richtigkeit dieser, dem deutschen Volke mit der beginnenden rassischen Selbstbesinnung immer bewusster werdenden Tatsache. In einer Zeit, in der die Irrlehren des Marxismus und Individualismus bereits das deutsche Volk durchseuchten, wurde, vor 50 Jahren, von deutschen Männern, Nachfahren der alten deutschen Kolonisatoren, der Versuch einer neuen deutschen Kolonisation in Afrika und der Südsee unternommen. Diese deutsche Kolonialepoche war in der geistigen Haltung und der durch sie bedingten praktischen Leistung der deutschen Kolonialmänner vom Wesen echter deutscher Ueberlieferung erfüllt: ein starkes Rassebewusstsein setzte eine unübersteigbare Grenze zwischen den Deutschen und die artfremde eingeborene Bevölkerung; der deutsche Führergedanke wurde in den Persönlichkeiten der grossen kolonialen Entdecker und Pioniere wie auch in dem stillen Herrrentum der unbekanntem Kolonialmänner wirkendes Leben; der völkische Gemeinschaftsgeist verband alle Kolonialdeutschen zu

einer Einheit unter sich und mit dem neugewonnenen Boden, für dessen Deutschheit und Freiheit sie ihr Leben liessen. Wenn trotzdem in den 30 Jahren deutscher Kolonialarbeit das Kolonisationswerk nur langsame Fortschritte machte und bereits nach einem Menschenalter zerfiel, so lag die Ursache in dem die Heimat durchsetzenden undeutschen Geist, der dem beginnenden Kolonialwerk aus innerem Unverstehen keine Förderung zuteil werden liess und es in der Stunde höchster Not, in jenen dunklen Tagen des nationalen Zusammenbruches im Jahre 1918, ganz preisgab.

Die Erkenntnis, die wir aus dem Schicksal dieser letztvergangenen deutschen Kolonisations-epoche gewinnen, ist jene, die schon Fürst Bismarck im Jahre 1884 mit den Worten angedeutet hatte: "Kolonialpolitik ist nur möglich, wenn sie von der Mehrheit des nationalen Willens mit Entschiedenheit und Ueberzeugung getragen wird". Nur ein Volk, das nicht nur äusserlich als Staat, sondern auch innerlich, nach Wesen und Willen, eine geschlossene Einheit darstellt, ist zu der gewaltigen Aufgabe fähig, Naturgebiete, die unermesslich sind an Umfang, Reichtum und Arbeitsaufgaben, zum Träger und Ausdruck seines Wirtschafts- und Kulturwillens zu machen. Nur dann, wenn das deutsche Volk zu seiner inneren Art ganz zurückgefunden hat, wird es solche auf die Jahrhunderte hinzielenden Aufgaben bemeistern können. Es wird sie auch dann seinem inneren Triebe entsprechend bemeistern wollen und müssen, wenn nicht äussere Not es dazu zwingt.

Indem der Nationalsozialismus sich anschickt, den deutschen Menschen nach seinem Urbilde neu zu formen, bejaht er den grossen Gedanken deutscher Kolonisation. Indem er die Einheit des Volkswillens wiederhergestellt hat, hat er die Voraussetzungen für einen mehr als die nächsten Menschenalter überdauernden Erfolg eines neuen kolonialen Aufbruchs geschaffen. Wir stehen bereits am Anfang dieser neuen Zeit deutscher Kolonisation. Sie hat im Inneren mit der Neuschöpfung des deutschen Bauerntums, mit Arbeitsdienst und Erzeugungsschlacht begonnen. Ob sie auf neue Räume jenseits unseres mitteleuropäischen Heimatbodens ausgedehnt werden soll, ist eine Frage der äusseren neben jener inneren Notwendigkeit.

Diese Frage hat der Führer eindeutig mit seiner Forderung im 3. Punkt seines Programms und mit den Worten beantwortet: "Wir brauchen Kolonien

genau so nötig wie irgend eine andere Macht". Das alte Europa, die Ursprungsstätte der nordischen Völker und für immer die eigentliche Heimat der Deutschen, der Nährboden, aus dem alles Deutschsein bis in ferne Zukunft seine Kraft ziehen wird, hat dem wachsenden deutschen Volke innerhalb der Ueberfülle der Menschen und Nationen einen zu engen Raum gelassen, als dass es, erdgebunden in allen seinen Gliedern, sich in die Breite entfalten könnte. Der Führer lehnt eine gewaltsame Germanisierung der Wohnräume anderer Nationalitäten als dem Wesen des Nationalsozialismus widersprechend ab. Die dadurch bedingte Anhäufung der deutschen Menschen in verhältnismässig engem Raume erfordert die Angliederung landwirtschaftlicher Nutzflächen für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und industriellen Rohstoffen in Ersatzräumen, die in möglichst naher und organisatorisch enger Verbindung mit dem Stammland stehen. Dieser Reserveraum nicht nur für Deutschland, sondern auch für die anderen Industriestaaten Europas, ist Afrika.

Dieser von der Natur den abendländischen Völkern als Ersatzraum geschenkte gewaltige Kontinent bestimmt entscheidend die Zukunft auch unseres Volkes. Kaum lichtet sich das Dunkel, das ihn umgab, so sehen wir schon, wie gewaltige Wellen nichteuropäischer Völker ihn bedrohen. Vom Osten her überflutet ihn in steigendem Masse die islamische Welt und greift die japanische Warenexpansion bis an die Westküste hinüber: Der Reserveraum des Abendlandes ist in Gefahr. Diesen fremden Einflüssen gegenüber ist das "Erwachen der farbigen Völker" heute noch von geringerer Bedeutung. Aber vielleicht wird diese Gefahr die europäischen Völker einmal zu geschlossener Abwehr zwingen.

Die am afrikanischen Reserveraum beteiligten europäischen Staaten können die Mitarbeit des deutschen Volkes als des Volkes der besten Kolonisatoren nicht entbehren. Die gewaltigen, im deutschen Volke lebenden Kräfte können, für das eigene deutsche Kolonisationswerk angesetzt, indirekt dem gesamteuropäischen Interesse unschätzbare Dienste leisten. Die deutsche koloniale Sendung ist gleichzeitig eine Sendung für die gesamte abendländische, insbesondere nordisch bestimmte Kultur. Hier liegen die rassistischen Wurzeln einer deutsch-englischen kolonialen Verständigung. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Worte zu werten, die der Wehrminister der Südafrikanischen Union, Pirow, von der Notwendigkeit einer bal-

digen Wiederbeteiligung Deutschlands an der Kolonisation in Afrika gesprochen hat. In einem letzthin von der Africopa verbreiteten Artikel fordert er in der Frage des Verhältnisses zwischen Schwarz und Weiss eine klare Trennung der Geister, die für eine Annäherungs- oder Gleichheitspolitik bzw. für eine Politik der Scheidung eintreten. Hier gebe es keine Verrückung, sondern nur ein klares Für oder Wider, und er selbst bekennt sich eindeutig als Repräsentant der europäischen Kultur mit Beweisgründen, die die innere Verwandtschaft mit dem nordischen Geiste des Herrentums, des nationalen Selbstbewusstseins und der nationalen Ehre vertreten.

Deutschland kann diesen Problemen und diesem Rassenkampf, der seine Vorboten bereits über das westliche Europa bis an unseren Rhein hinausgesandt hatte, nicht ausweichen. Er muss ihn aufnehmen, schon um seiner wirtschaftlichen Selbsterhaltung willen. Denn die Selbstversorgung mit kolonialen Nahrungsmitteln und Rohstoffen wird in naher Zeit ebenso ein Teil des deutschen Erzeugungskampfes werden müssen wie die Gewinnung eigener neuer Absatzgebiete ein Teil der deutschen Arbeitsschlacht. So wie die deutsche Wehrhaftigkeit nicht den Krieg, sondern die Sicherung der deutschen Arbeit will, so hat die koloniale Selbstversorgung nicht als Ziel die wirtschaftliche Autarkie, sondern die Stärkung und Ausdehnung der deutschen Erzeugungsbasis im friedlichen Handelswettbewerb der Völker.
